

Berliner Stimme

SOZIALDEMOKRATISCHE WOCHENZEITUNG

Nr.23 - 63. Jahrgang

30. November 2013

Gedenkstättenfahrt der Berliner SPD



Gedenken am Mahnmal in Auschwitz-Birkenau gemeinsam mit dem Vorstand der polnischen Sozialdemokraten SLD Malopolska. Fotos: Kai Doering

Vom 23. bis 25. November nahmen rund 100 Berlinerinnen und Berliner an der Gedenkstättenfahrt der SPD nach Krakau und Auschwitz teil. Mit einem Besuch der KZ-Gedenkstätte und einer Kranzniederlegung erinnern der SPD-Landesvorsitzende Jan Stöß und die Teilnehmer der Fahrt an die Opfer des nationalsozialistischen Terrors. Ein ausführlicher Bericht folgt in der nächsten Ausgabe. □



Im Gespräch mit den polnischen Sozialdemokraten.



Die Berliner Gruppe in Auschwitz.

Koalitionsverhandlungen:

„Vertrag nüchtern prüfen“

Stöß: Mitgliedervotum ist Beispiel lebendiger Demokratie

Aus Berliner Sicht gibt es nach Ansicht des SPD-Landesvorsitzenden Jan Stöß „gute Gründe, um dem Koalitionsvertrag zustimmen zu können, auch wenn Schwarz-Rot im Bund nicht unsere Wunschkoalition ist“. Stöß: „Im Koalitionsvertrag finden sich viele zentrale SPD-Forderungen wieder, die uns gerade in Berlin besonders wichtig waren.“

Zu den Punkten, in denen sich die SPD durchsetzen konnte, gehören ein flächen-deckender gesetzlicher Mindestlohn von 8,50 Euro, der in Ost und West einheitlich ist und der auch dazu beitragen wird, das Lohn- und Rentengefälle auszugleichen. Die Abschaffung des Optionszwangs bei der doppelten Staatsangehörigkeit, so Stöß, stelle „einen Politikwechsel dar, den wir dringend brauchen“. Es gebe wichtige Verbesserungen bei der Rente, eine deutliche finanzielle Entlastung der Kommunen, die Wiederauflage des Programms „Soziale Stadt“ und eine Mietenbremse bei Wiedervermietungen. Stöß betonte, dass nun die Mitglieder das Wort hätten: „Jede und je-



Ruft zur Beteiligung am Mitgliedervotum auf: der SPD-Landesvorsitzende Jan Stöß. Foto: Horb

der sollte sich seine eigene Meinung bilden, sich gut informieren und an den Diskussionen teilnehmen, die auf allen Ebenen stattfinden werden. Dieses Mitgliedervotum ist ein Beispiel lebendiger Demokratie und darauf sind wir stolz.“ Der SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel rief die Mitglieder zu einer „nüchternen Prüfung des Koalitionsvertrags“ auf. Er zeigte sich überzeugt, dass die Mehrheit zustimmt. BS □

siehe Seite 3, 7 und 8

Erinnerungen an Willy Brandt

Zum 100. Geburtstag: Fotoausstellungen und ein Theaterstück

Im Säulensaal des Berliner Rathauses eröffnete der Regierende Bürgermeister Klaus Wowereit am 26. November die Ausstellung „Jürgen Draeger: Meine Reise mit Willy Brandt“. Draeger hatte den Altbundeskanzler im März 1990 auf seiner historischen Reise durch die DDR begleitet. Dabei entstand eine Reihe von sehr persönlichen Brandt-Porträts.

Wowereit: „Kurz vor Willy Brandts hundertstem Geburtstag wollen wir im Berliner Rathaus an einen der großen Persönlichkeiten der deutschen Geschichte erinnern. Brandt erlebte in diesen historischen Momenten nach dem Mauerfall und insbesondere auf seiner Reise durch die DDR, wie

sich sein Lebenswerk zu vollenden begann. Jürgen Draeger hat diese Augenblicke für die Nachwelt in einer Reihe von Kunstwer-

LIEBE LESERINNEN UND LESER,
DIE NÄCHSTE AUSGABE DER BERLINER
STIMME ERSCHEINT IN DREI WOCHEN AM 21.
DEZEMBER 2013.

IHRE REDAKTION

ken festgehalten, die so zum ersten Mal in einer Ausstellung zu sehen sind.“ Auch im Willy-Brandt-Haus erinnert eine Fotoausstellung an den Namensgeber des Hauses. Zudem erinnert ein Theaterstück an den 100. Geburtstag. BS □

siehe Seite 11 bis 13 und Seite 16

Pläne für bezahlbaren Wohnraum

Infopavillon informiert über geplante Randbebauung am Tempelhofer Feld

Die städtischen Wohnungsbaugesellschaften degewo und Stadt und Land und die Baugenossenschaft Ideal wollen am Rande des Tempelhofer Felds 1700 Wohnungen bauen. Die Initiatoren eines Volksbegehrens wollen solche Pläne verhindern und nutzen dazu auch das Schreckgespenst einer vollständigen Bebauung. Was tatsächlicher Planungsstand ist, zeigt ein Informationspavillon der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt.

Im Mittelpunkt stehen Informationen über die Wohnbebauung am Tempelhofer Damm. Ergänzende Informationen gibt es

über die Zentral- und Landesbibliothek Berlin (ZLB), das Regenwassermanagement rund um das geplante Wasserbecken sowie über die archäologischen Grabungen.

„Mit der ‚Schaustelle Wohnen‘ möchten wir die Bürgerinnen und Bürger umfassend informieren“, erläutert Stadtentwicklungssenator Michael Müller. „In dem aktuell laufenden Volksbegehren werden - wesentlich oder nicht - falsche Behauptungen aufgestellt. Etwa die, dass wir planen, das ganze Tempelhofer Feld zu bebauen. Dem ist nicht so: Wir werden die große und einzigartige Weite des Feldes erhalten! Lediglich an den Rändern entstehen neue Wohn-

quartiere mit bezahlbaren Wohnungen und Bildungseinrichtungen.“ Mindestens 50 Prozent der Wohnungen sind mit Mieten zwischen 6-8 Euro/qm für kleine und mittlere Einkommen vorgesehen. Auch studentisches Wohnen ist geplant

Mit 230 Hektar ist die zukünftige Parklandschaft größer als der Große Tiergarten (210 ha). neue Rad- und Fußwege sollen die Kieze besser anbinden und die Freizeitmöglichkeiten auf dem Feld erhöhen. Der Infopavillon „Schaustelle Wohnen“ befindet sich in unmittelbarer Nähe zum Haupteingang Tempelhofer Damm und ist täglich von 9 bis 17 Uhr geöffnet. **BS □**

Eine Frage an Sylvia Yvonne Kaufmann:

Ist der Kompromiss beim Haushalt der Europäischen Union noch vertretbar?



Sylvia Yvonne Kaufmann ist Berliner Kandidatin für die Wahlen zum Europäischen Parlament

Das Europaparlament und die EU-Mitgliedstaaten haben sich auf einen Haushalt für 2014 geeinigt. Er wird mit 135,5 Milliarden Euro 6,5 Prozent niedriger ausfallen als der des Jahres 2013. Ist die Senkung vertretbar oder braucht Europa mehr Mittel?

Der Haushalt 2014 ist der erste Haushalt des sog. Mehrjährigen Finanzrahmens (MFR), d.h. der Finanzplanung für die kommenden sieben Jahren 2014-2020. Darüber haben Parlament und Rat lange und äußerst heftig gestritten. Die Regierungen hatten vor dem Hintergrund der Finanzmarktkrise und mit Blick auf das Problem der Staatsverschuldung bis zuletzt auf einem strikten Sparhaushalt bestanden und im Kern versucht, durch horizontale Kürzungen in allen Rubriken den Haushalt insgesamt zu kürzen. Das durch den Lissabon-Vertrag mit gestärkten Haushaltsrechten ausgestattete Parlament hingegen hat sich dafür eingesetzt, dass die EU unter Berücksichtigung der ökonomischen Schwierigkeiten der Mitgliedstaaten zugleich ihrer Verantwortung gegenüber einer gewachsenen europäischen Zuständigkeit gerecht werden kann. Schließlich waren es ja die Regierungen, die der EU von Gipfel zu Gipfel neue Aufgaben zugewiesen haben.

Die nun in letzter Minute erreichte Ein-

igung zwischen Rat und Parlament zum MFR und damit verbunden auch zum Haushalt des nächsten Jahres ist ein Kompromiss, der m.E. grad noch akzeptabel ist, etwa nach dem Motto: „Besser den Spatz in der Hand als die Taube auf dem Dach!“ Klar ist, dass die EU mit einem Gesamt-Haushaltsrahmen von lediglich 908 Milliarden Euro für die kommenden sieben Jahre, das sind ca. 35 Mrd. Euro weniger als bisher, die Grenze des Machbaren erreicht hat. Das Parlament konnte nicht alle seine Forderungen gegen den mehrheitlich immer noch konservativen Rat durchsetzen. Aber es hat erreicht, dass der MFR erstmals mit einer verbindlichen Revisionsklausel versehen wurde. D.h., in 2016 wird es eine Überprüfung des MFR geben, so dass veränderten wirtschaftlichen Rahmendaten Rechnung getragen werden kann.

Die sozialdemokratischen Europaabgeordneten haben vor allem dafür gekämpft, dass sich die EU stärker auf Investitionen in zukunftsweisende Bereiche wie Forschung, Entwicklung, Innovation und Bildung sowie die Förderung von Arbeit und Beschäftigung fokussiert. Diese Forderungen werden nun im Kern erfüllt, obwohl das Gesamtbudget nicht gestiegen ist. Das besonders erfolgreiche Programm ERASMUS etwa wird deutlich aufgestockt, so dass bis 2020 ca. 4-5 Millionen junge Europäer mehr Möglichkeiten bekommen, im Ausland zu studieren oder sich beruflich aus- oder weiterzubilden. Steigen wird auch der Anteil des Europäischen Sozialfonds (ESF) an den EU-Finanzmitteln für Regionalpolitik.

Durch die Einführung der sogenannten

vollen Flexibilität kann die EU künftig die nicht verausgabten Mittel voll investieren, anstatt sie - wie üblich - den Mitgliedstaaten zurückzugeben und so z.B. Projekte, die die o.g. Kriterien erfüllen, zusätzlich finanzieren. In der auslaufenden Finanzperiode, in der es das sog. Flexibilitätsinstrument so nicht gab, hätte es ein Volumen von 55 Mrd. Euro bedeutet. Teil der Einigung zwischen Rat und Parlament zum MFR ist zudem auch ein Nachtragshaushalt für 2013 in der Höhe von über 400 Mio. Euro, mit dem die EU die Opfer des Hochwassers im Juni d.J. unterstützen will. Der größte Teil, 360 Mio. Euro, geht nach Deutschland.

Bis zur Europawahl am 25. Mai 2014 veröffentlicht die BERLINER STIMME Fragen an Sylvia-Yvonne Kaufmann zur europäischen Politik. Gerne geben wir auch Ihre Fragen weiter. Schicken Sie sie uns einfach per Mail an berliner.stimme@spd.de oder per Postkarte an Berliner Stimme, Müllerstr. 163, 13353 Berlin

Berliner Stimme

Herausgeber: SPD Landesverband Berlin
Verlag: wegewerk GmbH, Krausnickstr. 3, D 10115 Berlin
Redaktion: Ulrich Horb (V.i.S.d.P.), Tel.: 030-4692 150, Fax: 030-4692 240, E-Mail: berliner.stimme@spd.de, Post: Müllerstr. 163, 13353 Berlin
Abo-Service: Jürgen Thomas, Tel.: 2408 36-60, E-Mail: berliner.stimme@wegewerk.de
 Abonnementspreis: 25,05 Euro pro Jahr (bei Zustellung per E-Mail), 30,15 Euro pro Jahr (bei Zustellung per Post)
Druckerei: KORRekt Mailingservice Berlin

Digitale Agenda:

Am medienpolitischen Scheideweg

Stillstand überwinden: Björn Böhning über die Aufgaben für eine neue Bundesregierung

Wir stehen an einem medienpolitischen Scheideweg. Die Medienlandschaft ist im Wandel. Eine neue Bundesregierung wird sich großen Herausforderungen des digitalen Zeitalters stellen müssen. Sie kann und darf sich vor der Herausforderung einer neuen Medienordnung nicht wegducken wie Schwarz-Gelb dies getan hat. Auch für Berlin wäre die Auflösung des medien- und netzpolitischen Stillstandes auf Bundesebene eine Wohltat.

Kreative stärken - Vertriebswege absichern: Urheberrechtsnovelle. Eine dieser Herausforderungen ist die Neugestaltung des Urheberrechtes. Die Urheber von Kreationen und Innovationen sind besser zu schützen. Kreative müssen über die Verbreitung ihrer Werke entscheiden und den Gewinn erzielen können. Gleichzeitig braucht es einen fairen Interessensausgleich zwischen Urhebern, Verwertern und Konsumenten. Dazu muss die Digitalisierung als Chance für neue Vertriebswege von Kulturgütern begriffen und diese - wo nötig - rechtlich abgesichert werden.

Neue Medienordnung - Netzneutralität sichern. Das Verhältnis zwischen Internet und traditionellem Fernsehen muss neu geordnet werden. Angebote aus Streaming, klassischem TV-Programm und Mediatheken überschneiden sich. Es kann



Björn Böhning leitet die Senatskanzlei des Landes Berlin. Für die SPD nahm er an den Koalitionsverhandlungen in der Unterarbeitsgruppe Digitale Agenda teil. Foto: SPD Berlin/Urban

nicht sein, dass TV und Radio in Deutschland hoch reguliert sind, streaming-Formate auf Youtube aber durch jedes politische und rechtliche Raster fallen. Was wir brauchen sind einheitliche Regelungssysteme, um gerechte Wettbewerbschancen zu gewährleisten und die deutschen Internetunternehmen nicht den internationalen Marktführern schutzlos auszuliefern. Dafür ist eine gesetzliche Regelung der Netzneutralität nötig: Datenpakete und deren Inhalte müssen diskriminierungsfrei im Internet transportiert werden!

Neues Verhältnis zwischen Bund und Ländern. Auch im Kompetenzgefüge zwischen Bund und Ländern ist eine Neuordnung erforderlich. Viele Rechtsbereiche sind unabhängig voneinander geregelt, Bund und Länder handeln teilweise autonom. Die bestehenden Beteiligungsgrenzen sind nicht mehr zeitgemäß. Eine Bund-Länder-Kommission wird sich mit der Schnittpunkteregulierung befassen um diese neu zu ordnen - im Sinne der Nutzer und im Interesse der Unternehmen.

Gute Bedingungen für Filmproduzenten. Filme sind Kultur- und Wirtschaftsgüter zugleich. Neben den Länderförderern brauchen wir gute Förderbedingungen auf Bundesebene zur Schaffung erfolgreicher und qualitativ hochwertiger Filme. Daher ist vereinbart, die Befristung des Deutschen Filmförderfonds aufzuheben und internationale Großproduktionen stärker zu unterstützen. Das ist gut für die Filmregion Berlin-Brandenburg!

Es geht um grundsätzliche Fragen. Wir brauchen eine sozialdemokratische Ausgestaltung der digitalen Welt. Im Entwurf des Koalitionsvertrages sind klare netz- und medienpolitische Forderungen an eine zukünftige Bundesregierung gestellt. Diese sind eine gute Basis, um sozialdemokratische Reformen der digitalen Gesellschaft einzuleiten. **Björn Böhning** □

Haushalt:

Investitionen in wichtige Zukunftsfelder

Landeshaushalt setzt Schwerpunkte bei Stadtwerk, Wohnungsbau, Bildung, Bezirken

Stabile Finanzen und Investitionen in Zukunftsfelder - mit dem Doppelhaushalt, der jetzt von den Regierungsfractionen von SPD und CDU beraten wurde, werden Schwerpunkte bei der Rekommunalisierung, beim Wohnungsbau und bei den Bezirken gesetzt.

Für die Senkung der Wasserpreise nach dem vollständigen Rückerwerb der Wasserbetriebe werden im Landeshaushalt die entsprechenden Voraussetzungen geschaffen. „Die Senatsvertreter im Aufsichtsrat der Wasserbetriebe werden beauftragt, auf eine Neukalkulierung der Tarife zum 01.01.2014 hinzuwirken“, so der parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Fraktion, Torsten Schneider. „Für die Bürgerinnen und Bürger heißt das, dass sie sich auf dauerhaft günstigere Wasserpreise ab dem neuen Jahr freuen können.“ Das Berliner Stadtwerk, das als Tochterunternehmen

der Wasserbetriebe organisiert wird, startet mit einem Jahresetat von 5,5 Mio. Euro, 4 Mio. Euro mehr als vom Senat ursprünglich vorgesehen.

Zusätzliche Investitionen wird es auch im Bereich Stadtentwicklung und Wohnen geben. „Der Wohnungsbaufonds wird nun mit einem Gesamtbetrag in Höhe von 320 Mio. Euro ausgestattet“, so Torsten Schneider. „Zusammen mit den beschlossenen Investitionen der landeseigenen Wohnungsbau-gesellschaften werden in den kommenden Jahren Wohnungen für über 1,5 Milliarden Euro gebaut werden können. Außerdem sind zusätzliche Gelder für die Planung des Zukunftsstandortes auf dem Gelände des Flughafens Tegel im Doppelhaushalt vorgesehen.“

Über 400 Millionen Euro werden im Bildungsbereich zusätzlich zur Verfügung gestellt. 15 Millionen Euro gehen in das Brennpunktschulprogramm, die nach dem

Wegfall von Bundesmitteln befürchteten Stellenstreichungen bei der Schulsozialarbeit konnten vermieden werden. Die Bereiche Hochschule und Kita wachsen im Haushalt um je 7 Prozent. Mehr Geld fließt in die Kultur: Ein Drittel der Einnahmen aus der CityTax soll für die freie Kulturszene verwendet werden.

Die Bezirke erhalten 80 Mio. Euro mehr, u.a. für Musikschulen, Kita und Schulsanierung, Schlaglochbeseitigung, bezirkliche Stadtteilzentren und die bezirkliche Kulturarbeit. Torsten Schneider: „Zusammen mit dem Brennpunktschulprogramm und den Mitteln für die Parlamentsreform in den Bezirken werden knapp 100 Mio. Euro bewegt. Außerdem haben wir den Bezirken gestattet, für weitere 25 Mio. Euro „zinslose Darlehen“ (sog. Pauschale Mehreinnahmen) zu echten Mehrausgaben umzuwandeln, die im Folgejahr mit einem positiven Jahresabschluss verrechnet werden.“ **BS** □

Kontrolle muss sein

Verbraucherpolitik braucht stärkeres Gewicht

Verbraucherpolitik wird immer mehr zu einem Querschnittsthema, das in alle zentralen Themenfelder hineinreicht und deshalb heute und in Zukunft stark besetzt werden muss, so die verbraucherpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion Irene Köhne.

Unter die große Überschrift Lebensmittel und Ernährung fallen dabei eine ganze Reihe von Themen wie etwa Qualitätskontrollen von Lebensmitteln, Lebensmittelkennzeichnung, Veröffentlichung der Ergebnisse von Gaststättenkontrollen, der Veggie-Day sowie Maßnahmen gegen Lebensmittelverschwendung. Ziel der SPD sei es hier immer, zum einen die institutionellen Kontrollmöglichkeiten, genauer deren Dichte und Gründlichkeit, zu steigern, um so den Druck auf Betriebe und Unternehmen zu erhöhen, die vorhandenen Hygienevorschriften auch tatsächlich einzuhalten, so Irene Köhne. Zum anderen sei es aber mindestens genauso wichtig, die Position des Verbrauchers durch Aufklärung, Verbraucherbildung und Sensibilisierung weiter zu stärken. Nur wer die Hintergründe der Lebensmittelproduktion sowie die Ergebnisse von Vergleichsstudien oder Tests kenne, könne sich bewusst für oder gegen den Konsum bestimmter Produkte entscheiden oder auch sein eigenes Verhalten als Ver-



irene Köhne ist verbraucherpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion. Foto: SPD Berlin

braucher hinterfragen, ändern und so Einfluss auf den Markt nehmen.

Im Bereich der Finanzdienstleistungen kämpft die SPD aktuell für eine Zinsobergrenze von 8% bei Dispokrediten, eine gesetzliche Verankerung eines Verbotes von Bearbeitungsgebühren bei Kreditgewährung oder auch das Recht für jeden Bürger auf ein Girokonto, das sogenannte Basiskonto, bei allen Banken und Sparkassen.

„Ganz besonders am Herzen liegt uns in Berlin der kieznahe Verbraucherschutz“, so Irene Köhne. Im Rahmen dieses Konzeptes werden Fragen des Verbraucherschutzes direkt vor Ort thematisiert. Im vergangenen Jahr wurde das Angebot stark verbessert: Durch den Einsatz der SPD-Fraktion

wurde der Haushaltstitel für das Jahr 2013 um 20.000 Euro aufgestockt und die Verbraucherzentrale führt Angebote auch selbst durch. Dies kommt vor allem Menschen zu Gute, die sich schwer tun, ohne Unterstützung an nötige Informationen oder Ansprechpartner heranzukommen.

Irene Köhne ist mit dem, was auf Berliner Ebene erreicht wurde, durchaus zufrieden, hat aber Wünsche an die Verbraucherpolitik der zukünftigen Bundesregierung: „Wir als SPD-Fraktion in Berlin legen unseren Schwerpunkt im Feld der Verbraucherpolitik seit Jahren auf den besseren Schutz der Verbraucherrechte und -interessen. Aber auf Landesebene alleine kommen wir bei vielen Themen nicht weiter. Deshalb braucht der Verbraucherschutz vor Ort immer einen starken Rückhalt im Bund! Die Chance, diesen starken Rückhalt nun in den kommenden Jahren in unserem Sinne mitzugestalten, müssen wir im Zuge erfolgreicher Koalitionsgespräche mit großem Nachdruck nutzen. Die SPD vertritt mit ihrer Forderung nach der Installation unabhängiger Marktwächter ein schlüssiges Konzept für mehr praktischen Verbraucherschutz, dessen Umsetzung längst überfällig ist!“ Auch was die Zusammenarbeit der einzelnen Bundesländer betreffe, etwa bei der Kennzeichnung von Gaststätten nach Hygienekriterien, müsse es eine Verbesserung geben. Einheitliche Kriterien und Kennzeichnungssymbole erleichtern Verbrauchern den Weg zur eigenen mündigen Haltung. **BS □**

„Europäische Migrationspolitik entwickeln“

ASJ diskutierte über Lampedusa als Prüfstand deutscher und europäischer Sicherheitspolitik

Beim jüngsten Stammtisch der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristen stellte der Referent des Abends, Ministerialdirigent Dr. Herbert Trimbach, der Abteilungsleiter Öffentliche Sicherheit im Innenministerium des Landes Brandenburg, in seinem Vortrag zunächst die rechtlichen Grundlagen der Sicherheitspolitik dar.

Als Mitglied des zuständigen Arbeitskreises der Innenministerkonferenz konnte er dabei auch die praktischen Grundlagen und Folgen der Sicherheitslage, insbesondere aber auch deren Entwicklung darstellen. Lampedusa sei inzwischen gerade auch in Deutschland zu einem Symbol des Scheiterns der europäischen Flüchtlingspolitik geworden. Dr. Trimbach stellte dies in den Zusammenhang der Diskussion in Deutschland über die zunehmenden Zahlen von Asylbewerbern, deren Verteilung auf die einzelnen Länder und die Unterbringung in Kommunen und Heimen, die zunehmend auch in die öffentliche Diskussion gerieten. Insbesondere rechtsextreme Kreise nutzen nicht nur in Sachsen,

letztes Beispiel dazu Schneeberg, für die Mobilisierung ihrer Anhänger.

Der Referent verwies in diesem Zusammenhang auch auf Zahlen, aus dem Bericht der europäischen Grenzagentur Frontex aus dem Jahr 2010, wonach eine Milliarde Menschen aus 37 Ländern ohne Visum in die EU einreisen können, von denen viele in der EU blieben und häufig auch ihr Auskommen in illegalen Beschäftigungsverhältnissen finden. Es müsse daher eine Steuerung der Migrationspolitik auf europäischer Ebene erfolgen, um das offensichtliche Spannungsfeld zwischen Sicherheit und Freiheit in den Mitgliedstaaten der EU aushalten zu können. Es gehe darum, die relativ hohen deutschen Standards zu verteidigen, in Deutschland gibt es ein ordentliches Asylverfahren, im Gegensatz zu einigen anderen Schengen-Staaten, beispielsweise Griechenland, wohin laut verwaltungsgerichtlicher Entscheidungen nicht mehr abgeschoben werden darf. Andererseits geht es auch darum, die Situation in den Herkunftsländern der Flüchtlinge zu verbessern, da offenbar das Gros der

Flüchtlinge aus wirtschaftlichen Gründen nach Europa dränge. Angesichts der Zahlen, eine Studie des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge aus dem Jahre 2010 prognostiziert, dass sich die Bevölkerung Afrikas bis zum Jahre 2050 auf zwei Milliarden Menschen verdoppeln wird - sei es offensichtlich, dass die Situation in den Herkunftsländern verbessert werden müsse. Hier sei Sicherheitspolitik auch deshalb gefragt, weil nicht nur auf Lampedusa Schleuserbanden am Werk seien, die die Notlage der Menschen hemmungslos ausnutzen. In der leidenschaftlichen Diskussion wurde deutlich, dass der öffentliche Druck, der durch die Bilder aus Lampedusa entstanden ist, dazu genutzt werden muss, um eine europäische Migrationspolitik zu entwickeln, die die berechtigten Interessen der Menschen in den Herkunftsländern, aber auch die Sicherheitsinteressen in Europa und in Deutschland ausgleiche, Freiheit und Sicherheit, auch sozial und wirtschaftlich betrachtet, wurden hier als Grundlage der Politik der linken Volkspartei SPD angesehen. **BS □**

Mit der „Zicke“ gewonnen

Dröscher-Publikumspreis für Berliner Frauenkampagne

Das Projekt „Mehr Frauen in der SPD“ des SPD-Landesverbandes Berlin ist von den Delegierten des Bundesparteitags in Leipzig für die Auszeichnung mit dem Wilhelm-Dröscher-Preis ausgewählt worden. Mit Begriffen wie „Diva“, „Zicke“ und „Biest“ hatte die Berliner SPD im vergangenen Jahr Frauen gezielt zum Engagement in der Politik angesprochen. Begleitet wurde die Mitgliederwerbeaktion von Coaching-Angeboten für Abteilungen. Die Eintrittsquote von Frauen stieg durch die Aktion deutlich an.

Die Träger des Delegierten-Preises erhalten 1.000 Euro. Der „Wilhelm-Dröscher-Preis“ wurde erstmals am 22. April 1982 auf dem Parteitag in München verliehen. Wilhelm Dröscher war Landtags- und Bundestagsabgeordneter. Er war außerdem SPD-Landesvorsitzender von Rheinland-Pfalz, Mitglied des SPD-Parteivorstandes und des Präsidiums sowie Schatzmeister der SPD. Als Europaabgeordneter und Präsident der Europäischen Sozialisten engagierte er sich



Kurt Beck am Stand der Berliner SPD. Foto: Riese

besonders für ein einiges, gerechtes und friedliches Europa. Wilhelm Dröscher starb am 18. November 1977 während des Bundesparteitages in Hamburg.

Nominiert war in der Kategorie „Zukunft: Teilhabe. Zusammenhalt. Gemeinsam“ auch das Arbeitslosenfrühstück der Afa Neukölln. In der Kategorie „150 Jahre SPD“ präsentierte die SPD Falkplatz-Arnimplatz ihr Projekt „Mein Nachbar war im Widerstand“, das eine lobende Erwähnung fand.

BS □

Aufstieg für alle möglich machen

AG Migration & Vielfalt lud zum Empfang

Unter dem Motto „Einwanderungsgesellschaft Berlin – Stadt des Aufstiegs“ lud die AG Migration und Vielfalt in der SPD Berlin am 20. November zum Empfang ein.

Als Podiumsgäste geladen waren Prof. Dr. Klaus J. Bade, Migrationsforscher, Publizist und Politikberater, Daniela Kaya, Autorin und Mitglied im Bundesvorstand der AG Migration und Vielfalt, sowie Mekonnen Mesghena, Referent für Migration Diversity der Heinrich-Böll-Stiftung. Diskutiert wurde darüber, wie Teilhabe politisch organisiert werden kann, Aufstiegschancen ermöglicht und Rassismus und Diskriminierung verhindert werden können.

Der SPD-Landesvorsitzende Jan Stöß und der Vorsitzende der Berliner AG Migration und Vielfalt Aziz Bozkurt betonten,



Diskussion: Dr. Klaus J. Bade, Jan Stöß, Daniela Kaya, Mekonnen Mesghena. Foto: Paeche

dass es für die Sozialdemokratie in ihrer Geschichte immer ein Grundsatz war, dass Aufstieg für alle möglich sein muss – egal welcher Herkunft, wie reich die Eltern sind, welches Geschlecht sie haben oder wen sie lieben.

Rowena Paeche □



Um neue Perspektiven im sozialen und politischen Bereich für die russischsprachigen Berlinerinnen und Berliner ging es bei einer Diskussion am 12. November 2013 im Russischen Haus für Wissenschaft und Kultur, organisiert vom Club Dialog e.V. und der Projektgruppe „Russischsprachende Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in Berlin“ (RuSiB) in der LAG Migration und Vielfalt der Berliner SPD. Kirstin Fusan, Landesgeschäftsführerin der Berliner SPD, erzählte praxisnah von ihrem Engagement bei den sozialen Einrichtungen. Dmitri Stratievski, Leiter der RuSiB, zählte mögliche Einsatzgebiete für das Ehrenamt auf.

FRAKTION INTERN

Stadtteiltag in Wilmersdorf. Zwei Tage mit vollem Programm bietet die Abgeordnete Franziska Becker zu ihrem Stadtteiltag in Wilmersdorf an. Am 5. Dezember findet um 13.30 Uhr eine Freiluftsprechstunde am Prager Platz statt, außerdem gibt es Gespräche zur Attraktivität des Wirtschaftsstandortes Wilmersdorf und zur Zukunft des Bundesplatzes. Am 6. Dezember besucht Franziska Becker unter anderem die Cecilien-Grundschule, ein Sucht-Therapiezentrum und die FG Bau. Um 15.30 Uhr gibt es eine Mobile Sprechstunde mit kleiner Nikolaus-Überraschung. Treffpunkt ist vor der Post, Uhlandstraße 134. Weitere Informationen zum Programm: www.spdfraktion-berlin.de

Dieser Stadtteiltag ist der letzte im Jahr 2013. Die Reihe wird auch im neuen Jahr fortgesetzt, da der Kontakt zu den Bürgerinnen und Bürgern für die Arbeit der Abgeordneten sehr wichtig ist.

Haushalt wird Anfang Dezember beschlossen. Das Abgeordnetenhaus wird am 12. Dezember den Doppelhaushalt 2014/15 für Berlin beschließen. Der SPD-Fraktionschef Raed Saleh und der CDU-Fraktionsvorsitzende Florian Graf haben die Beschlüsse der Koalitionsfraktionen zum Doppelhaushalt bereits vorgestellt. Ab 2014 wird Berlin keine neuen Schulden machen. Die Schwerpunkte des Haushalts sind 80 Mio. Euro mehr für die Bezirke sowie mehr Geld für Bildung und Innere Sicherheit. Das Brennpunktschulprogramm wird finanziert, Kitas und Schulen werden saniert, die Einstein-Stiftung erhält 7 Mio. Euro mehr als vorgesehen und die Schulsozialarbeiterstellen bleiben erhalten. Das Stadtwerk startet mit 5,5 Mio. Euro. Eine ausführlichere Übersicht finden Sie unter: <http://www.spdfraktion-berlin.de/themen-papiere/>

Gesetz gegen Zweckentfremdung von Wohnraum verabschiedet. Das Abgeordnetenhaus hat das neue „Gesetz über das Verbot der Zweckentfremdung von Wohnraum“ beschlossen. Die wohnungspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Iris Spranger sagt: „Mit dem Gesetz soll das Wohnraumangebot in Berlin erhalten werden, indem die Umwandlung von Wohn- in Gewerberaum oder Ferienwohnungen begrenzt wird. Durch die Nutzung als sogenannte Ferienwohnungen geht der Wohnraum zur Nutzung für eine dauerhafte Vermietung verloren.“ Deshalb gilt das Verbot insbesondere für die wiederholte, kurzfristige, nach Tagen oder Wochen bemessene, Überlassung an ständig wechselnde Feriengäste. Durch das Gesetz soll auch der Abriss oder spekulative Leerstand in der Stadt verhindert werden.

cs □

Parteitag in Leipzig:

„Jeder trägt die gleiche Verantwortung“

Bundesparteitag analysierte Wahlergebnis - Jan Stöß in den Bundesvorstand gewählt

Auf ihrem Bundesparteitag in Leipzig hat die SPD das Ergebnis der Bundestagswahl analysiert, mit dem Beschluss „Perspektiven. Zukunft. SPD!“ den Rahmen für die künftige Arbeit beschrieben und einen neuen Vorstand gewählt. Erstmals seit 20 Jahren gehört mit Jan Stöß wieder ein Berliner SPD-Landesvorsitzender dem Parteivorstand an. Als Parteivorsitzender wurde Sigmar Gabriel mit 83,6% wiedergewählt; der bisherige stellvertretende Parteivorsitzende Klaus Wowereit hatte nicht mehr für den Vorstand kandidiert.

Er danke ihm im Namen der gesamten Sozialdemokratischen Partei, sagte der SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel zum Abschied des bisherigen stellvertretenden SPD-Vorsitzenden Klaus Wowereit aus der Parteispitze.

Klaus Wowereit habe vor allem die Integrationspolitik vorangebracht und stets der Versuchung widerstanden, auf komplizierte Fragen einfache Antworten zu geben, so Gabriel. Er habe deutlich gemacht, dass Integration keine Einbahnstraße sei. Im Parteivorstand habe Wowereit die SPD gemahnt, Menschen, die sich integrieren wollten, nicht mit widersprüchlichen Botschaften zu verwirren. Klaus Wowereit gehörte dem SPD-Vorstand seit 2009 an. Als Berliner Regierungschef will er sich weiter in die Beratungen der Parteispitze einbringen. Zum Abschied überreichte Gabriel ihm ein Bild, das den ehemaligen Regierenden Bürgermeister Willy Brandt zeigt

Im Fokus der Debatten standen die Ausrichtung der SPD nach der Bundestagswahl und die Europawahl im kommenden Jahr. Im Leitantrag „Perspektiven. Zukunft. SPD!“ wurde unter anderem festgelegt, dass die SPD zukünftig im Bund eine Koalition mit der Partei Die Linke nicht mehr von vorneherein ausschließen wird.

Für den Berliner SPD-Vorsitzenden Jan Stöß ist das eine zentrale strategische Weichenstellung, die auch auf Druck aus Berlin zustande kam: „Ich begrüße es ausdrücklich, dass der Bundesparteitag ein klares Signal der Öffnung zur Partei Die Linke ausgesendet hat. Ich halte dies für einen richtigen und auch fälligen Schritt vorwärts. Beim Landesparteitag der Berliner SPD am 2. November hat Sigmar Gabriel sicher einen Eindruck davon bekommen, dass er für ein Ende der Ausschließertitis bei uns sehr breite Unterstützung hat. Jetzt muss sich in den nächsten Jahren allerdings auch Die Linke bewegen und darf nicht ausgerech-



Die Berliner Delegation auf dem SPD-Bundesparteitag. Foto: SPD Berlin

net in der Sozialdemokratie ihre Hauptgegnerin sehen. Gerade die Vollendung der sozialen Einheit unseres Landes ist ein gemeinsames politisches Ziel, an dem beide Parteien in unterschiedlichen Rollen gemeinsam arbeiten sollten“, so Stöß.

REDE PEER STEINBRÜCKS

Zu Beginn des Parteitags hatte Peer Steinbrück auf den Wahlkampf zurückgeblickt und erklärt, „den Hauptteil der Verantwortung für diese Niederlage trägt der Spitzenkandidat – also ich“. Die SPD habe jedoch viel mehr erreicht, als sich im Wahlergebnis niederschläge: Sie sei programmatisch geschlossen. In ihrem Jubiläumsjahr habe sich die SPD nicht auf ihrer Vergangenheit ausgeruht. Steinbrück: „Wir waren in unserer 150-jährigen Geschichte immer bereit Verantwortung zu übernehmen.“ Die SPD sei keine Partei des Gestern, sondern eine Partei des Heute und Morgen. Und sie immer bereit gewesen, Verantwortung zu übernehmen. Mit Blick auf die Bürgerbeteiligung bei der Erarbeitung des Regierungsprogramms und das jetzt geplante Mitgliedervotum sagte Steinbrück, wieder „mehr Demokratie wagen, die Rückgewinnung des Politischen“ – das könnte die Aufgabe des nächsten Jahrzehnts werden. „Wenn wir in eine große Koalition gehen“, so Steinbrück, „dann nicht, weil wir damit zufrieden sind, im Mannschaftsbus einer Regierung mitfahren zu können. Sondern weil die SPD immer einen Gestaltungswillen hat, die Lebens- und Arbeitsverhältnisse der Bürgerinnen und Bürger schrittweise zu verbessern.“

GABRIEL: PARTEITAG DES ÜBERGANGS

„Dieser Parteitag ist ein Parteitag des Übergangs“, so der SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel. „Er findet zum denkbar ungünstig-



Verabschiedung: Sigmar Gabriel dankte Klaus Wowereit für die Arbeit im Vorstand. Foto: BS

sten Zeitpunkt statt. Es steht bloß leider im Organisationsstatut, dass wir ihn machen müssen. Er findet in der Nähe einer Wahlniederlage statt. Und bevor wir überhaupt sagen können, was bei der Großen Koalition eigentlich herauskommen kann. Jeder von euch hat doch in den letzten zwei Tagen gespürt, wie unsicher und wie unwohl wir uns alle in dieser Frage fühlen. Natürlich zeigt sich das auch an den Wahlergebnissen zum Parteivorstand. Das ist sozusagen ein Zeichen dieses Unwohlseins - keine Frage.“ Es gehe nicht, so Gabriel, dass die SPD auf Parteitag Dinge beschreibe, die dringend gelöst werden müssten, und dann aus Angst vor den damit verbundenen Schwierigkeiten in der Regierung nicht einmal den Versuch unternehme, etwas zu bewegen. Gabriel rief zu einer klaren Haltung auf und sicherte zu, keinen Koalitionsvertrag zur Annahme zu empfehlen, der aus lauter Prüfaufträgen bestehe.

Der Parteivorsitzende Sigmar Gabriel machte auf dem Parteitag deutlich, dass es keine Koalition ohne die doppelte Staatsbürgerschaft geben werde. Gesetzlicher Mindestlohn, abschlagsfreie Rente nach 45 Versicherungsjahren, Gleichstellung, Bildung, Europa, Beschränkung von Waffenexporten - in allen diesen Bereichen könne die SPD jetzt Fortschritte machen und Verbesserungen für die Menschen herbeiführen, so Gabriel.

Die Konsequenz eines Mitgliedervotums ist aus Gabriels Sicht: „Jeder in der SPD trägt dann die gleiche Verantwortung. Jeder in der SPD muss dann so handeln, wie der Vorsitzende handeln würde. Die ganze Verantwortung liegt dann bei jedem einzelnen SPD-Mitglied.“

BS □

Alle Informationen zum Bundesparteitag, alle Reden zum Nachlesen: <https://www.spd.de/partei/parteitag/>

Rede von Sigmar Gabriel zum Anhören: <https://soundcloud.com/spdde/sigmar-gabriel-rede-leipzig>

Koalitionsvertrag:

„Etwas erreicht für die Menschen“

Sigmar Gabriel stellte die Ergebnisse der Verhandlungen vor - Zuversichtlich vor Mitgliedervotum

Der Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD beinhaltet nach Einschätzung des SPD-Vorsitzenden Sigmar Gabriel vieles, was das Leben in Deutschland erleichtern und besser machen soll. Er soll zeigen, dass Politik keine abgehobene Veranstaltung zwischen Reichstag und Kanzleramt sei, sondern das Zusammenleben in Deutschland ganz konkret in den Blick nimmt.

„Die Große Koalition hat einen Koalitionsvertrag für die ‚kleinen Leute‘ geschrieben“, erklärte Gabriel. Für die SPD, so Gabriel, seien vor allem die folgenden Inhalte des Koalitionsvertrags von großer Bedeutung:

- Mit einem gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 € ab 2015
- Mit mehr Tarifbindung und damit höheren Tariflöhnen
- Mit dem Ziel für gleichen Lohn für gleiche Arbeit zu sorgen und die Leih- und Zeitarbeit und das Werksvertragsunwesen einzudämmen
- Mit einer abschlagsfreien Rente mit 63 nach 45 Beitragsjahren (mit Zeiten der Arbeitslosigkeit!). Für Ältere beginnt der Ausstieg mit 63 Jahren, für Jüngere mit 64 bzw. 65 Jahren.
- Mit der Verbesserung der Renten für Erwerbsgeminderte, einem konkreten Fahrplan für die Angleichung der Renten in Ost und West sowie eine Mindestrente von rund 850 Euro für langjährig Versicherte mit niedrigem Einkommen
- Mit mehr Gleichberechtigung von Frauen durch ein Entgeltgleichheitsgesetz und eine gesetzliche Quote in Aufsichtsräten
- Mit 6 Milliarden € mehr für Kitas, Schulen und Hochschulen.
- Mit 5 Milliarden € mehr pro Jahr für die Kommunen im Rahmen der Entlastung der Eingliederungshilfe
- Mit einer Mietpreisbremse und mehr Mitteln für Städtebau
- Mit 4 Milliarden Euro mehr für die bessere Pflege und mehr Pflegekräfte
- Mit der Abschaffung des „Optionszwangs“ für in Deutschland geborene und aufgewachsene Kinder
- Mit der strikten Regulierung der Finanzmärkte und Banken
- Mit der Durchsetzung der Besteuerung der Finanzmarktspekulationen
- Mit der stärkeren Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit und Initiativen für Wachstum und Beschäftigung vor allem in Südeuropa
- Mit dem Verbot von Rüstungsexporten in Spannungsgebiete und an Diktaturen



Koalitionsverhandlungen beendet: der SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel. Foto: Horb

Sigmar Gabriel: „Die von uns vorgeschlagene Koalition ist aber zugleich auch eine Koalition für die großen Aufgaben.“ Als Beispiele nannte Gabriel:

Die Stabilisierung Europas und des EU-RO. Vor uns liegt ein Europawahlkampf, bei dem wir überall in Europa - auch in Deutschland - alle Hände voll damit zu tun haben werden, dem Druck der antieuropäischen und rechtspopulistischen Europa-Gegnern Stand zu halten. Das wird uns nur gelingen, wenn wir den Menschen in Europa wieder eine Perspektive für Arbeit und Beschäftigung geben und zugleich, die europäische Idee wieder aus

den Händen der Bürokratie befreien. Beides hat einen hohen Stellenwert in dem vorgelegten Koalitionsvertrag.

Die zweite große Aufgabe ist das Gelingen der Energiewende. Sie ist die größte technologische, wirtschaftliche, soziale und ökologische Herausforderung seit der deutschen Wiedervereinigung. Wenn sie gelingt, macht sie uns alle unabhängiger von knapper werdenden fossilen Rohstoffen wie Erdöl und Erdgas, schaffen wir nochmals hunderttausende neuer Arbeitsplätze und machen wir Deutschland zum Vorreiter im internationalen Klimaschutz. Wenn sie aber misslingt, dann wird der Wohlstand in Deutschland Schaden nehmen und international werden über viele Jahre alle Bemühungen um das Engagement für den Klimaschutz zum Erliegen kommen. Denn wenn Deutschland diese Herausforderung nicht meistert, dann wird uns niemand folgen. Deshalb ist es von so großer Bedeutung die Ausbauziele erneuerbarer Energien am Strommarkt in Höhe von 80 Prozent so zu erreichen, dass dabei nicht immer größere Kostenrisiken und Risiken in der Versorgungssicherheit in Kauf genommen werden. Dafür legt der vorgelegte Entwurf eines Koalitionsvertrages sehr gute Grundlagen. Die Energiewende ist durch nichts mehr aufzuhalten, sondern sie muss nur noch so gestaltet werden, dass sie bezahlbar bleibt.

Und die dritte größte Aufgabe ist die Reform des bundesstaatlichen Finanzausgleichs und der Länderfinanzausgleichs. Neben den bekannten Diskussionen um den Solidarpakt II, den Länderfinanzausgleich und die bundesstaatliche Ordnung muss es nach unserer Auffassung gelingen, die in den letzten Jahrzehnten erfolgte Entkoppelung von Aufgaben- und Finanzverantwortung zwischen den staatlichen Ebenen unseres Landes wieder zurück- und zusammen zu führen. Keine leichte Aufgabe - aber eine, die gerade eine „Große Koalition“ anpacken muss.

Sigmar Gabriel: „Alle SPD-Ministerpräsidenten und alle Mitglieder der Verhandlungsgruppe der SPD haben gestern Nacht den Entwurf eines Koalitionsvertrags gebilligt. Alle werden jetzt in der SPD für seine Annahme werben. Und ich bin sicher: die Mitglieder der SPD werden stolz auf das sein, was wir für die Menschen in Deutschland in diesem Koalitionsvertrag erreicht haben. Denn bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen zu schaffen und Schritt für Schritt Verbesserungen durchzusetzen, ist die Aufgabe der SPD seit 150 Jahren.“

PM □

Mitgliederforen der Berliner SPD

Die Berliner SPD lädt ihre Mitglieder zu zwei Regionalkonferenzen (Mitgliederforen) am 4. und 9. Dezember, auf denen die Ergebnisse der Koalitionsverhandlungen diskutiert werden sollen.

Gesprächspartner sind u.a. die stellvertretende SPD-Vorsitzende Manuela Schwesig (4. Dezember) und der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Florian Pronold (9. Dezember). Manuela Schwesig leitet die Arbeitsgruppe „Familien, Frauen und Gleichstellungspolitik“, Florian Pronold die Arbeitsgruppe „Verkehr, Bauen und Infrastruktur“.

Der ursprünglich angekündigte Termin am 28. November 2013 entfällt.

Mitglieder können sich für die Konferenzen anmelden:

Forum I: www.spd-berlin.de/regionalkonferenz041213

Forum II: www.spd-berlin.de/regionalkonferenz091213

Koalitionsverhandlungen II:

„Eine Gesamtschau vornehmen“

Swen Schulz: Bericht aus der Verhandlungsgruppe Wissenschaft, Bildung, Forschung

Während ich diese Zeilen schreibe sind die Koalitionsverhandlungen noch nicht beendet. Sie sind in die „heiße Phase“ eingetreten - denn die Verhandlungsgruppen haben die meisten Themen bearbeitet, Gemeinsamkeiten festgehalten, Kompromisse erzielt, aber eben auch Streitpunkte bearbeitet und gegensätzliche Positionen formuliert. Jetzt liegt es an der sogenannten „Großen Runde“ oder am Ende an den Parteivorsitzenden auszulegen, was geht und was nicht.

Näher kann ich nur über einen Teil der Koalitionsverhandlungen berichten, nämlich aus der Verhandlungsgruppe Wissenschaft, Bildung und Forschung. Denn da bin ich als Bildungssprecher der Bundestagsfraktion mittendrin. Das, obwohl ich Gegner der Großen Koalition bin. Doch stammt ein guter Teil der Anträge, Ideen, Konzepte der SPD, die dort verhandelt werden, von mir. Daher ziehe ich mich nicht etwa in die Schmollecke zurück, sondern verhandle selbst - anstatt es anderen zu überlassen. Dann kann ich auch besser urteilen.

Natürlich darf ich keine Interna aus den Verhandlungen erzählen. Schon gar nicht, wenn sie noch laufen. Ich mache es trotzdem - ein wenig jedenfalls. Um es auf einen Punkt zu bringen: Es ist schrecklich! Wirklich. Und das sage nicht nur ich. Vermutlich sogar die Verhandlungsmitglieder von der CDU/CSU...wir sind einfach, auch wenn es in der Öffentlichkeit manchmal nicht so gesehen wird, sehr verschiedene Parteien.

Ich will aus dem Bildungsbereich beispielhaft das Thema Ganztagschulen nehmen. Es ist vollkommen klar, dass wir endlich vorankommen müssen bei der Verbesserung des Schulangebotes. Dafür brauchen wir ein Bund-Länder-Programm und die Veränderung des Grundgesetzes, damit dieses unsinnige und schädliche Kooperationsverbot wekommt und der Bund endlich in der Bildung mit den Ländern zusammenarbeiten kann.

Vollkommen klar? Denen von CDU und CSU nicht. Die sagen, dass das die Länder so weitermachen sollen, für ein Ganztagschulprogramm sei ohnehin kein Geld da (nachdem sie höhere Steuern für Reiche abgelehnt haben) und meinen, dass der Bund sich auf die Förderung von Spitzenforschung konzentrieren sollte.

Aus einer anderen Verhandlungsgruppe stammt ein Satz eines Unions-Verhandlers, der mir zugetragen wurde: „Der Bund ist dafür zuständig, Autobahnen zu bauen



Swen Schulz, Bundestagsabgeordneter aus Spandau.

- nicht Kitas!“ Das ist, Entschuldigung, eine unfassbare Ignoranz gegenüber den gesellschaftlichen und sozialen Problemen!

Natürlich gibt es auch Kompromisse, sogar Übereinstimmungen. Und sicher werden wir einiges durchsetzen können, nicht nur für die Schüler, Auszubildenden und Studierenden. Aber während ich dies schreibe, weiß ich nicht, wie ein aus sozialdemokratischer Sicht zustimmungsfähiger Koalitionsvertrag zustande kommen soll.

Das Papier jedenfalls, das „meine“ Verhandlungsgruppe verfasst hat, beinhaltet einige ungelöste, ja unversöhnliche Streitpunkte. Es hat bei unseren Gesprächen über Wissenschaft und Bildung ordentlich „gescheppert“ - und es war richtig, dass wir klar und konsequent geblieben sind. In einigen weiteren Verhandlungsgruppen sieht es ähnlich aus. Es sind aber auch, das will ich nicht verschweigen, verschiedentlich gute Ergebnisse erzielt worden, wie et-

wa im Bereich Mieten und „Soziale Stadt“.

Natürlich sehe auch ich, dass ein Scheitern der Verhandlungen erhebliche Turbulenzen auslösen würde. Aber wer, um ein Szenario aufzugreifen, aus Angst vor Neuwahlen alles mit sich machen lässt, braucht eigentlich gar nicht zu verhandeln. So wenig Selbstbewusstsein darf die SPD nicht haben. Genauso dürfen wir eine Koalition auch nicht ablehnen, nur weil wir Angst vor Angela Merkel haben - auch das wäre unserer SPD nicht würdig.

Was mich wirklich sehr ärgert, ist die Art und Weise, wie wir von Journalisten in die Große Koalition getrieben werden sollen. Exemplarisch ein Kommentar aus dem Tagesspiegel zum Thema Mindestlohn. Dort schreibt der Journalist: „Erstens gibt es wichtigere Themen. Zweitens hat die SPD verloren. Drittens braucht die Union einen Koalitionspartner. Das Ergebnis: Die SPD kann am Mindestlohn nicht ernsthaft die Verhandlungen scheitern lassen.“ Ich sage: Doch, können wir. Müssen wir sogar!

Es gibt starke Argumente für Koalitionsverhandlungen und, bei einem ordentlichen Verhandlungsergebnis, für die Koalition. Das sehe und respektiere ich. Doch der bisherige Verlauf der Verhandlungen, soweit ich sie verfolgt und mitgestaltet habe, hat mich persönlich in meiner grundsätzlichen Ablehnung sogar noch bestärkt.

Auf dem Parteitag hat Peer Steinbrück den schönen Satz gesagt: „Wir haben die Wahlen verloren - aber nicht den Verstand.“ Am Ende muss eine klare und auf politischen Grundsätzen fundierte Entscheidung stehen. Und ein verbindlicher Mitgliederentscheid. So können - und müssen - wir alle eine Gesamtschau vornehmen und unsere jeweils persönliche Abwägung treffen. **Swen Schulz** □

„SPD-Handschrift erkennbar“

Eva Högl berichtet aus ihrer Arbeitsgruppe

Für die Bereiche Inneres/Justiz, Europa und Frauenquote kann ich Verhandlungserfolge melden und sagen, dass die sozialdemokratische Handschrift deutlich erkennbar ist.

Im Bereich Inneres/Justiz wurde festgelegt, dass die Empfehlungen zur Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden in Deutschland und zur Bekämpfung von Rechtsextremismus, die der NSU-Untersuchungsausschuss in der 17. Wahlperiode erarbeitet hat, zügig umgesetzt werden sollen. Auch beim Thema Zwangsprostitution

und Menschenhandel sind wir ein großes Stück voran gekommen und haben uns auf eine Reform des Prostitutionsgesetzes geeinigt. Mir ist es besonders wichtig, dass wir die Opfer besser schützen und die Täter wirksamer bestrafen.

Ein wirklicher Durchbruch gelang uns, als wir unsere Forderung nach einer gesetzlichen Frauenquote vereinbaren konnten: Ab 2016 sollen Aufsichtsräte voll bestimmter und börsennotierter Unternehmen eine Geschlechterquote von mindestens 30 Prozent erreichen. **Eva Högl** □

Biographie:

„Ein Meister der Bürger“

Klaus Ulbricht feierte seinen 75. Geburtstag

Menschen motivieren - mit ihnen den Bezirk zu gestalten, Neues aufbauen und Vertrauen in die Verwaltung und Politik zu schaffen: das war das Ziel von Klaus Ulbricht in seiner Amtszeit. Fast 200 frühere Weggefährten aus Politik und Verwaltung, Vereinsvertreter und Bürgerinnen und Bürger aus Treptow-Köpenick kamen auf Einladung der SPD Treptow-Köpenick zu einem Empfang anlässlich des 75. Geburtstages des früheren Bezirksbürgermeisters Klaus Ulbricht zusammen. Das zeigt schon die Dankbarkeit und die Anerkennung des Lebenswerkes von Klaus Ulbricht, auch sieben Jahre nach Beendigung seiner Amtszeit.

Klaus Ulbricht ist in einer spannenden Zeit in politische Verantwortung gekommen. Er gehörte zu den friedlichen Revolutionären des Herbstes 1989 und Männern der ersten Stunde der Sozialdemokratie in Köpenick. Nach den ersten freien Kommunalwahlen im Mai 1990 wurde er Vorsitzender der 39 Köpfe zählenden SPD-Fraktion in der Bezirksverordnetenversammlung Köpenick. Die hatte damals 100 Mitglieder und alle hatten viel zu tun und viele Vorstellungen von der Gestaltung des neuen Gemeinwesens. Es war eine Zeit des Umbruchs, des Aufbruchs, in der die Weichen gestellt werden konnten: neue Ideen, schnelle Entscheidungswege - ein Traum eigentlich.

Und Klaus Ulbricht hat Weichen gestellt: als Fraktionsvorsitzender, dann als Bezirksstadtrat für Wirtschaft und Finanzen und schließlich ab 1992 als Bezirksbürgermeister von Köpenick. So gehörte er zu den Vorreitern beim Aufbau der Bürgerämter - ein Modell, das sich bis heute mehr als bewährt hat. Und die gesamte Verwaltung wurde umgekrempelt und ein ganzes Stück transparenter gemacht. Die Fenster der Amtstuben wurden geputzt und jeder konnte reinschauen.

Das war das Credo von Klaus Ulbricht: mit den Bürgerinnen und Bürgern arbeiten. Das erklärt auch seine Beliebtheit im gesamten Bezirk: seine ruhige Art, seine Zugänglichkeit, seine Gesprächsbereitschaft. Immer freundlich, immer sachlich. Und unschlagbar dazu seine Optik: wenn irgendwo mal ein Musterdarsteller für einen Bürgermeister gesucht wird, dann sicher jemand, der mit weiß gescheitelten Haaren eine Seriosität ausstrahlt, die einfach beruhigt.

Ein „Meister der Bürger“ wurde Klaus Ulbricht, weil er auch die zentralen Probleme des Bezirks nach dem Umbruch 1989 er-



Klaus Ulbricht mit seiner Geburtstagstorte.

Foto: SPD T-K

kannte. Zehntausende Arbeitsplätze insbesondere im alten Industriegebiet gingen verloren. Klaus Ulbricht engagierte sich: für ein Technologie- und Gründerzentrum und den Innovationspark Wuhlheide. Beide Objekte geben bis heute wichtige wirtschaftliche Impulse, arbeiten aber noch mehr mit den wissenschaftlichen Einrich-

tungen im Bezirk zusammen. Unternehmen gründeten sich her, expandierten, schufen wichtige Arbeitsplätze.

Zum Blick in die Zukunft gehört aber auch der Gedanke, wie sich unsere Region in fünfzig oder 100 Jahren entwickeln wird und welche Impulse für die Gesellschaft von uns gegeben werden. Köpenick war Vorreiter bei der Schaffung einer Lokalen Agenda 21, deren 20-jähriges Bestehen vor kurzem gefeiert wurde. Zum Blick über den Tellerrand hinaus gehört neben der zeitlichen Dimension auch das Interesse für andere Regionen in der Welt. Dabei geht es um Toleranz, um Verständigung unter den Menschen: deshalb gehören die Städtepartnerschaften, für die sich Klaus Ulbricht einsetzte, auch zum Prozess der Lokalen Agenda 21.

Als ob das alles nicht genug Herausforderung war, gestaltete Klaus Ulbricht auch den Prozess der Bezirksfusion zwischen Treptow und Köpenick mit. Er wurde erster Bezirksbürgermeister von Treptow-Köpenick. Mit einem Satz von Klaus Ulbricht ist alles zur Bezirksfusion gesagt: er sagte einmal, dass es beim Bezirk und beim Bezirksnamen „Treptow-Köpenick“ nur auf eines ankomme: auf den Bindestrich. Es soll und muss das Verbindende betont werden und die Heirat zwischen den beiden Ortsteilen lebendig gestaltet werden.

Er hat sich bei den Menschen im gesamten Bezirk Respekt, Achtung und Anerkennung erarbeitet. Und das auch parteienübergreifend. Nicht umsonst hat die BVV bei einer Rente mit 65 für Klaus Ulbricht „Nein“ gesagt und seinen Ruhestand kurzerhand bis nach dem 68. Geburtstag hinausgeschoben.

Klaus Ulbricht hat aber auch nicht verheimlicht, dass er Sozialdemokrat ist. Nicht nur bei seiner Arbeit als Bezirksbürgermeister. Er war auch Landeskassierer der Berliner SPD und vier Jahre lang Vorsitzender der SPD Treptow-Köpenick.

Zwar ist Klaus Ulbricht in den Ruhestand getreten, aber er ist dem Bezirk und seinen Menschen genauso verbunden geblieben wie zuvor: er studiert in Adlershof, dem Wirtschafts- und Wissenschaftsstandort, dem er fast sein ganzes Leben verbunden ist, er engagiert sich für die Parkeisenbahn in der Wuhlheide, die er in einer schwierigen Zeit unterstützt hat und weiter begleitet und er hat sich in die Gründung der Bürgerstiftung Treptow-Köpenick eingebracht, die auch dank seiner Unterstützung jetzt ihre Gründung feiern kann. So setzt Treptow-Köpenick weiterhin auf das Engagement von Klaus Ulbricht. **Oliver Igel** □

Ehrung für Ollenhauer



Der frühere SPD-Vorsitzende Erich Ollenhauer wird in Lichtenberg mit einer Gedenktafel geehrt.

Am Freitag, den 13. Dezember 2013 um 11.00 Uhr wird in der Trautenauer Straße 6, 10318 Berlin, eine Gedenktafel für den SPD-Politiker Erich Ollenhauer (27. 03. 1901 in Magdeburg - 14. 12. 1963 in Bonn) eingeweiht (siehe BS 22).

Nach der Begrüßung durch Kerstin Beurich, Bezirksstadträtin für Bildung, Kultur, Soziales und Sport, spricht der SPD-Landesvorsitzende Dr. Jan Stöß ein Grußwort. Die Festrede hält Dr. Frank-Walter Steinmeier, SPD-Fraktionsvorsitzender im Deutschen Bundestag. Musik: Burkhard Schmidt. **BS** □

Buch:

Starke Frauen, frühe Wahlkämpfer

SPD-Geschichte von Friedrichshain erforscht

Die monatelange Arbeit hat sich gelohnt. Faktenreich, mit hervorragenden Illustrationen und zahlreichen Dokumenten versehen, ist jetzt die „Kleine Geschichte der SPD Friedrichshain“ erschienen. Das Buch ist der erste Versuch, die Geschichte der SPD in dem Berliner Bezirk Friedrichshain von der Kaiserzeit bis zur Gegenwart aufzuarbeiten.

Im ersten Teil des Buchs anlässlich des 150-jährigen Parteijubiläums schildert Christoph Kamissek den Weg der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung in Friedrichshain seit den Anfängen um 1870. Die von Helmut Strauss und Henry Marx verfassten Abschnitte umfassen die Zeitspanne von der Gründung der Weimarer Republik bis zum Ende des Nationalsozialismus. Sven Heinemann beschreibt die schwierige Zeit der SPD Friedrichshain nach dem Kriegsende bis zum Bau der Berliner Mauer. Dazu konnten erstmals umfangreiche Akten des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik ausgewertet werden. Karl-Heinz Büchner blickt in seinem Kapitel auf die Entwicklung der Friedrichshainer SPD nach der politischen Wende in der DDR im Jahr 1989 bis zur Gegenwart. Heidemarie Büchner und Juliane Schulz arbeiten in



Das erste Exemplar überreichte der Friedrichshainer SPD-Abgeordnete Sven Heinemann dem Regierenden Bürgermeister von Berlin, Klaus Wowerit.

ihren Teilen das Wirken von starken Frauen in der sozialdemokratischen Bewegung Friedrichshains auf.

Ergänzt wird das Buch durch Gastbeiträge, etwa zur Entwicklung der Arbeiterwohlfaht. Zudem wird das Leben des ehemaligen SPD-Vorsitzenden und späteren Reichspräsidenten, Friedrich Ebert, mit seiner Familie in Friedrichshain beleuchtet. Grußworte haben Egon Bahr und Jutta Limbach beigesteuert. Mit ihrer „Kleinen Geschichte der SPD Friedrichshain“ bringen die Autoren die Entwicklungsge-

schichte und das Selbstverständnis der Sozialdemokratie in Friedrichshain auf wissenschaftlicher Grundlage einer breiten Öffentlichkeit nahe. Eine Zeittafel und zahlreiche Abbildungen sowie Hintergrundinformationen und Zeitzeugenberichte ergänzen die Gesamtdarstellung.

Das Buch enthält zahlreiche Abbildungen, die teilweise erstmals veröffentlicht werden. Dazu gehört das wohl älteste erhaltene Wahlkampf-Foto der SPD Berlin aus dem Jahre 1898.



„Kleine Geschichte der SPD Friedrichshain - Von der Kaiserzeit bis zur Gegenwart“, 1. Aufl. 2013, 120 Seiten, 122 Abb., 5 Euro (Schutzgebühr, mit Versand 7 Euro). Bezugsquelle:

Büro Sven Heinemann, Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin, SPD-Fraktion, Niederkirchnerstr. 5, 10117 Berlin

ÖFFENTLICHE PRÄSENTATION

Im Rahmen eines Beitrags zur Erinnerungslandschaft Friedrichshain wird Prof. Martin Wiebel im Gespräch mit Sven Heinemann und Jan Stöß das Buch vorstellen: Am **Sonntag, 08.12.2013, um 11 Uhr**, im KulturRaum Zwingli-Kirche, Rudolfstraße 14, 10245 Berlin.

Gedenken:

Vorboten des braunen Terrors

Stolpersteine für sieben Opfer der Köpenicker Blutwoche

150 Jahre Sozialdemokratie, 80. Jahrestag der Köpenicker Blutwoche und 75. Jahrestag der Novemberprogrome - gewichtige Gründe noch in diesem Jahr Stolpersteine für die sechs bekannten sozialdemokratischen Todesopfer der Köpenicker Blutwoche einzuweihen.

Am 21./22. Juni 1933 verschleppte die SA etliche Andersdenkende in ihre Sturmlokale und misshandelte, folterte und mordete in einem bis dahin nicht gekannten Ausmaß. Es waren die ersten Zeichen der systematischen Brutalität von Nationalsozialisten in Deutschland. Unter den Todesopfern waren die Sozialdemokraten Paul Pohl, Richard Assmann, Johannes Stelling, Paul von Essen, Anton Schmaus, Johann Schmaus sowie das KPD-Mitglied Erich Janitzky (der bei einem Fluchtversuch vor dem Schmaus-Haus erschossen wurde), denen die SPD Treptow-Köpenick mit Stolpersteinen des Künstlers Gunter Demnig ge-



In dem ehemaligen Gefängnis des Amtsgerichtes Köpenick befindet sich die Gedenkstätte „Köpenicker Blutwoche Juni 1933“. Die Gedenkstätte erreicht man über den Hof in der Puchanstrasse 12. Foto: Hübner

denken will. Die Einweihung der Stolpersteine findet zusammen mit Schülerinnen und Schülern der Merian-Oberschule am Montag, dem 2.12.2013 an den folgenden Orten statt:

○ 14:15 Uhr Pohlestr. 12, 12557 Berlin: Stol-

perstein für Paul Pohle, es spricht u.a. Bezirksbürgermeister und SPD-Kreisvorsitzender Oliver Igel

○ 14:45 Uhr Aßmannstr. 46, 12587 Berlin: Stolperstein für Richard Assmann, es sprechen u.a. BVV-Vorsteher Siegfried Stock und der Treptow-Köpenicker Bundestagsabgeordnete Matthias Schmidt

○ 15:15 Uhr Stellingdamm 36, 12555 Berlin: Stolperstein für Johannes Stelling, es spricht u.a. Walter Momper, Regierender Bürgermeister a.D.

○ 15:35 Uhr Essenplatz 9, 12555 Berlin: Stolperstein für Paul von Essen, es spricht u.a. Bezirksbürgermeister und SPD-Kreisvorsitzender Oliver Igel

○ 16 Uhr Schmausstr. 2, 12555 Berlin: Stolpersteine für Anton und Johann Schmaus sowie Erich Janitzky (KPD), es sprechen u.a. SJD-Die Falken Neukölln, Bezirksbürgermeister und SPD-Kreisvorsitzender Oliver Igel. **PM** □

Rede:

Aufbruch aus Berlin

Zur Erinnerung an Willy Brandt: Die Landesparteitagsrede von 1966

Am 18. Dezember jährt sich zum 100. Mal der Geburtstag Willy Brandts. Von 1957 bis 1966 war er Berlins Regierender Bürgermeister, hier entstand eine enge Verbundenheit mit der Stadt und den Berlinerinnen und Berlinern, hier entwickelte er die Grundzüge einer neuen Deutschlandpolitik. 1966 wechselte er in das Amt des Vizekanzlers und Bundesaußenministers. Die Berliner Stimme dokumentiert seine Rede auf dem Landesparteitag der SPD Berlin am 10. Dezember 1966, die er in seiner neuen Funktion hielt.

Dies ist keine Abschiedsrede von Berlin. Für mich ist dies der Beginn eines neuen Abschnitts der Arbeit für Berlin, für Deutschland, für die Ziele unserer großen politischen Gemeinschaft, unserer Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Immerhin, ich spreche nicht mehr als Regierender Bürgermeister, wie ich es viele Jahre lang getan habe.

Aber ich spreche als ein Mann, der mit Verstand und Herz zu dieser Stadt gehört und immer zu ihr gehören wird. Ich bin gern Regierender Bürgermeister gewesen, und die Jahre der Verantwortung für diese Stadt haben mir viel gegeben.

Nun spreche ich als der Vorsitzende unserer Partei, der Stellvertreter des Bundeskanzlers und Bundesaußenminister geworden ist, und der doch derselbe bleibt, als der er in dieser Stadt gewirkt hat. In diesen Wochen ist in Deutschland etwas abgeschlossen worden, und es hat ein neuer Abschnitt begonnen. Er hat anders begonnen, als es sich viele erhofft hatten, darum anders, weil die Bundestagswahlen vom September 1965 nicht nachträglich im November 1966 gewonnen werden konnten - das war nicht möglich - und der Weg zur Neuwahl wurde durch alle anderen politischen Kräfte einschließlich der Freien Demokraten versperrt, ausdrücklich versperrt.

„TRAGEN DIE REGIERUNG
MASSGEBLICH MIT“

Nicht alle haben die Entscheidungen verstanden oder gebilligt, die die Partei getroffen hat, und die Gegengründe verdienten und verdienen weiterhin Respekt. Denn in einer ungewohnten, ja ungewöhnlichen Situation ist eine unkonventionelle Form der Regierungsbildung gewählt worden. Daß ich es selbst nicht aus Voreingenommenheit gegenüber den Freien Demokraten entschieden habe, das dürfte gerade hier in Berlin bekannt sein. Daß ich persönlich de-



Willy Brandt, Porträtkarte aus den sechziger Jahren. Foto: BS-Archiv

nen nicht böse sein kann, sondern mich eigentlich noch einmal bei ihnen bedanken muß, die lieber einen sozialdemokratischen Kanzler als [einen] Vizekanzler gesehen hätten, das versteht sich wohl auch von selbst. Und trotzdem nehm es mir bitte ab, ohne daß ich die Debatte deshalb neu aufrollen will: Ich war für ein vertretbares oder - wie man es in der Sprache der Strategen nennen könnte - kalkulierbares Risiko. Ich war nicht für ein Abenteuer, das ich später vor der Partei und vor der deutschen Öffentlichkeit nicht hätte vertreten können. Mittlerweile beginnen sich die Begriffe zu klären. Dabei zeigt sich auch für die Skeptiker: wir sind nicht - natürlich nicht - in eine CDU-Regierung eingetreten, sondern wir haben eine neue Regierung gebildet und tragen sie maßgeblich mit, eine Regierung auf breiter Basis, um während einer begrenzten Zeit einige wichtige Aufgaben anzupacken, die anders nicht mehr angepackt werden konnten. Dies ist nicht das Fortsetzen einer gescheiterten Politik, sondern dies ist unter den Kräfteverhältnissen, die der Wähler bestimmt hat, der Beginn einer besseren Politik.

Zweitens: An Opposition wird es nicht fehlen, nur, liebe Freunde, ich habe mich manchmal gefragt, auch bei einigem von dem, was ich gelesen habe, und einigem von dem, was mir gerade auch befreundete Männer aus dem geistigen Deutschland

geschrieben haben, daß alles sich um die Opposition drehte. Alles gut und schön, nur wollen wir uns erst einmal erinnern: erst braucht ein Staat eine Regierung - oder nicht? -, erst braucht auch aus sozialdemokratischer Sicht ein Staat eine Regierung und dann braucht er eine Opposition zur Regierung, und nicht umgekehrt.

„WARUM HABT IHR NICHT DEN
ERNSTEN VERSUCH GEMACHT?“

Deutschland hatte keine Regierung mehr, und ich hätte diejenigen sehen mögen - gerade die Männer aus den Gewerkschaften sind ja dann gekommen und haben es uns gesagt - die nach einem weiteren Jahr ökonomischer Rezession, in der Bundesrepublik uns gesagt hätten und gefragt hätten: Warum habt ihr nicht den ersten Versuch gemacht, hier eine unheilvolle Entwicklung auffangen zu helfen, anstatt womöglich darauf zu warten, zu ernen, was sich aus Mißerfolgen anderer ergäbe?

Die erste Theorie ist seit 1947 erprobt worden; sie hat nur bedingt Erfolge gebracht. Erst braucht ein Volk und ein Staat eine Regierung, und dann braucht es in der Demokratie nicht, wie man manchmal glaubt, nur das Wechselspiel Regierung und Opposition. Dies ist doch die verengte Fragestellung, wie sie sich aus dem verkrampften politischen Bild der Bundesrepublik Deutschland seit 1949 ergeben hat, wo die Regierungstruppen der Adenauer-Regierung und dann der Erhard-Regierung sich nicht als Parlament, sondern als Stütztruppe empfunden haben, so daß das, wovon eigentlich die parlamentarische Demokratie behandelt, völlig verloren gegangen ist, auch jetzt in der Debatte fast weg war.

Das Eigentliche ist nämlich das Wechselspiel Regierung/Parlament. Auch die Mehrheiten, die, mal stärker mal geringer, eine Regierung tragen, haben die kontrollierende Aufgabe, wie sie die Verfassung will, die kritisch begleitende Aufgabe. So viel ist schon klar geworden und das wird noch sehr viel klarer werden und vielleicht dann auch manchen Skeptiker beruhigen. Im Deutschen Bundestag wird es mit dieser Form von Regierungsbildung nicht langweiliger, sondern wesentlich lebendiger werden als bisher, das sage ich, ohne mich als Prophet aufspielen zu wollen.

Ich möchte noch einen Punkt vorbringen: Objektiv war die Lage so, daß die Sozialdemokraten nicht mehr ausgesperrt wer-

Fortsetzung Seite 12

Fortsetzung von Seite 11

den konnten von der Regierungsverantwortung. Sie konnten - ich sagte es schon - Neuwahlen nicht erzwingen. Aber sie konnten wesentliche, entscheidende Teile ihrer Vorstellungen, ihrer formulierten Vorschläge, ihrer Lösungsmodelle einbringen in das, was jetzt als Politik der neuen Regierung, der Regierung Kiesinger, dann zu Papier gebracht wird. Das wird sich zeigen, oder wir werden uns nicht mehr zeigen können. Das werden wir sehr bald sehen.

Was wird sich dabei zeigen? - Daß es jetzt vor allem anderen darauf ankommt, die öffentlichen Finanzen wieder in Ordnung zu bringen. Und nun sage ich das auch mal in Berlin, auch wenn ich nicht mehr Regierender Bürgermeister bin: Ich möchte mal den Regierenden Bürgermeister sehen oder den Senat oder das Abgeordnetenhaus in zwei, drei Jahren sehen, woher sie den Bundeszuschuß bekommen wollen, wenn es jetzt nicht gelänge, die Riesendefizite wegzudrücken.

Das ist eine erschreckende Situation, der wir dort gegenüberstehen. Es wird riesiger Anstrengungen bedürfen, und zu diesen Anstrengungen wird es in erster Linie gehören, daß das Sozialprodukt wieder wächst. Ich bin kein großer sozialpolitischer Experte, aber hier gibt es welche im Saal, die wissen, wie ich, und die anderen haben es durch die Sozialenquete noch einmal gelernt: wenn wir nicht zu einer Mindeststeigerung von 4,5 % des Nettosozialproduktes im Jahre kommen - wieder kommen - dann ist das System der sozialen Sicherung in der Bundesrepublik Deutschland nicht zu halten. Seht die Situation bitte so wie sie ist!

„WIRTSCHAFTS- UND SOZIALPOLITIK GEHÖREN ZUSAMMEN“

Das heißt, Wirtschaftspolitik und Sozialpolitik gehören zusammen, und zwar doch nicht nur um zu halten, es gibt doch auch noch manches zu tun. Das heißt, hier geht es nicht nur darum, strukturelle Schwierigkeiten aufzufangen, wie im Ruhrgebiet, oder die Zeichen einer Rezession aufzufangen, wie wir sie gerade jetzt durch die Mitteilung der Kurzarbeit bei VW in besonders drastischer Form - sich wohl leider psychologisch fortpflanzender Form - erleben. Nein, es gilt - ich sage es noch einmal - die öffentlichen Finanzen in Ordnung zu bringen, zu wirtschaftlicher Stabilität zu gelangen, hoffentlich schon im Laufe des kommenden Jahres - es wird in der Bundesrepublik erst noch etwas schlechter werden, bevor es besser wird - um dann eine Politik entschlossenen, aber verantwortungsbewußten wirtschaftlichen Wachstums durchsetzen zu können. Dies ist das A und O, darum geht es jetzt vor allem anderen.

Dann geht es darum, ob wir außenpoli-



Willy Brandt 1982.

Foto: Horb

tisch in eine Isolierung hineingeraten, oder ob wir wieder ein erst zu nehmender Partner werden, ohne uns zu übernehmen. Wenn wir die Dinge in Ordnung bringen, zu unseren Menschen sprechen wie zu mündigen Bürgern, -, sie sind es ja - jedenfalls den Versuch machen, das Volk ins Vertrauen zu ziehen, aufhören mit dem Unsinn, aus Washington und Paris gleichermaßen zurückkommen zu wollen und zu tun, als sei man mit allen über alles einig. Das geht kaum, weil sie nicht untereinander einig sind, dann kann man doch nur schwer mit allen gleichermaßen einig sein. Man muß doch sehen, es gibt auch in einer Allianz unterschiedliche Meinungen, Gott sei Dank mehr gemeinsame Überzeugungen, es gibt wesentlich unterschiedliche Meinungen, und die muß man auch vernünftig mit dem eigenen Standpunkt kombinieren. Man muß die Dinge nach Osten hin im Sinne des Abbaus der Vorbehalte, der Aussöhnung, der Normalisierung in Ordnung zu bringen suchen, und an die Spitze der deutschen Außenpolitik gehört das Bekenntnis, daß Deutschland seinen aufrichtigen Beitrag leisten will zur Entspannung in der Welt, zum Frieden, aber damit auch die Voraussetzung zu schaffen für das Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes.

Und dann geht es schließlich darum, in die deutsche Frage - oder sind es nicht in Wirklichkeit im Plural die deutschen Fragen? -, in die deutschen Fragen vernünftige Aktivität einzuführen. Ich sehe so gut wie alles bestätigt, was wir 1965 im Bundeswahlkampf - ja zum wesentlichen schon 1961 - gesagt haben, was wir in Dortmund auf unserem Parteitag im Juni dieses Jahres unterstrichen haben, sehe bestätigt, was wir entwickelt haben als Kriterien der zweiten Bewährungsprobe, die unser Volk zu bestehen hat. Wir haben als diese Kriterien bezeichnet die Demokratisierung, die

Modernisierung der Bundesrepublik und das Erwachsensein der Deutschen in der Welt.

Ich sehe bestätigt das Wort von dem unmöglichen Versuch, als Bundesrepublik Deutschland ökonomischer Riese und politischer Zwerg in einer Gestalt sein zu wollen.

„UNS IST NICHT MIT ALTEN FORMELN GEDIENT „

Ich kann nichts dafür, daß andere das Bild seitdem auch aufgegriffen haben. Ich habe gehört, Strauß hat es jetzt aufgegriffen. Das hindert mich doch nicht daran, es weiter zu verwenden. Ich sehe bestätigt, was wir über die Notwendigkeit eines neuen Stils in der deutschen Politik entwickelt haben. Und jetzt hoffe ich sehr, liebe Freunde, so problematisch das alles bleibt - und wer mich kennt, der weiß doch, daß auch ich das Problematische an der so gebildeten Regierung sehe -: Gerade Berlin wird nicht bereuen, was in Bonn entschieden worden ist.

Auch hier, was den Bund und Berlin angeht, ist uns nicht mit alten Formeln gedient, wobei man allerdings nicht Grundsätze als alte Formeln abwerten darf. Das geschieht manchmal, da muß man also Einspruch erheben, Widerspruch geltend machen.

Ich denke, es geht um drei Dinge: 1962, das heißt im Jahr nach der Mauer, mußten wir unter ganz ungewöhnlich schwierigen Umständen, auch schwierigen psychologischen Umständen, eine ganze Reihe von Dingen tun, um die Wirtschaft nicht ins Rutschen kommen zu lassen. Jetzt müssen wir, Berlin und Bonn - und hoffentlich mit gutem Rat der Schutzmächte - überlegen, was wir in einer Situation ohne akute Bedrohung von außen tun können, um durch neue Anstrengungen eine Stärkung der Vitalität, eine Stärkung der Wirtschaftskraft, eine Beschleunigung des Modernisierungstempos erreichen zu können, und in diesem Zusammenhang das noch stärkere Einbeziehen Berlins - mit voller Unterstützung des Bundes - in die wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklungen zwischen Ost und West, in die diese Stadt, wie Deutschland, hineingehört.

Zweitens: Wie können wir die Stellung des Landes, wozu die halbe Stadt geworden ist, im Rechtsgefüge, im wirtschaftlichen Gefüge der Bundesrepublik Deutschland stärken, auch wo es um die Vertretung der gemeinsamen Interessen draußen in der Welt geht und, wo doch sehr viel dafür spricht, daß das, was abgemacht wird über Ökonomie oder über Kultur, für Berlin gilt, wenn man nicht ausdrücklich sagt, daß es nicht dafür gilt? Ich will jetzt den Vergleich wählen zu den Bundesgesetzen. Ich habe es ja selbst in den frühen Jahren dieses Par-

Fortsetzung von Seite 12

laments mitmachen müssen.

Aber das mußte einfach auch gegen die Bundesbürokratie durchgesetzt werden.

Das muß auch dazu führen, daß noch einmal - auch mit den Schutzmächten - beraten wird, ob und wie die Mitwirkung Berlins in den gesetzgebenden Körperschaften des Bundes angehoben und verstärkt werden kann. Wenn der Ausdruck nicht verwehrt wäre, würde ich es Aufwertung nennen, aber das könnte wie ein bitterer Hohn wirken. Ich glaube, daß einige alliierte und einige deutsche Kommentatoren - ich nenne sie der Einfachheit halber alle miteinander Kommentatoren - sich nicht in den letzten Wochen darüber im klaren gewesen sind, wie unmöglich es im Grunde ist, auch vom Einzelgegenstand abgesehen, im Jahre 1966 zu glauben, eine einfache Rückverweisung an die Militärgouverneure wie im Jahre 1959 sei mit der Würde dieses Volkes und seiner Stellung in der internationalen Zusammenarbeit zu vereinbaren. Das ist nicht damit zu vereinbaren!

Ich glaube, es wird bei näherem Überlegen noch mancher zu dem Ergebnis kommen, daß es unmöglich ist, ein unbestrittenes Statut für Berlin, die völlig unbestrittene Stellung der Westmächte, der Träger der obersten Gewalt - das liegt doch in unserem eigenen Interesse; wir wären Narren, wenn wir daran rütteln würden -, diese völlig unbestrittene Stellung der Schutzmächte in Berlin in Anspruch zu nehmen für die Regelung von Fragen, die ein souveränes deutsches Parlament entscheidet.

„GERADE JETZT BITTE
KEINEN KRAMPF!“

Was passierte dann? - Gut, lassen Sie mich es so vorsichtig sagen, wie ich es sagen kann: Ich bin ja selbst durch ein Zusammenwirken von juristischer Sterilität und politischer Bösartigkeit in Bonn in den letzten Wochen um die volle Handlungsfähigkeit gebracht worden. Trotzdem sage ich: Gerade jetzt bitte keinen Krampf! - Krampf ist nicht Aktivität - und kein Überspielenwollen der eigentlichen Status-Frage, kein Überspielenwollen der eigentlichen Status-Fragen.

Wenn ich schon über Bund und Berlin spreche: Ich hoffe, wir werden kein Gezerre mehr haben, auch wenn es auch viel Zeitverlust und Kräfteverschleiß gegeben hat. Ich denke, wir werden diese gemeinsame Politik entwickeln und dann auch durchführen, gerade dort, wo es sich darum handelt, innerdeutsche Regelungen anzustreben, die den Menschen im geteilten Deutschland dienen, die uns aber doch meiner Überzeugung nach nicht daran hindern - das sei ohne Aggressivität gesagt -, daß wir die politische Ordnung in Ostberlin und dem uns umgebenden Gebiet nicht

als Ausdruck des Willens unserer Landsleute dort auffassen wollen, in einem eigenen Staat leben wollen. Das heißt weiter, daß wir jenes Gebiet und die Repräsentanz, die es heute hat, nicht als einen zweiten deutschen Staat sehen können. Und wer sie doch so sehen möchte, der - davon bin ich überzeugt - dient nicht der Entspannung, sondern der wirkt der Entspannung entgegen, um die sich die Bundesrepublik Deutschland bemüht, vor allen Dingen nach Osten, und auch im härteren realistischen Angehen der deutschen Dinge.

„BERLIN BLEIBT EINE GROSSE
POLITISCHE AUFGABE“

Berlin bleibt eine große und großartige politische Aufgabe. Ich freue mich, daß die Körperschaften des Landesverbandes Heinrich Albertz als Kandidaten für das Amt des Regierenden Bürgermeisters vorgeschlagen haben. Ich kann hier nicht mit abstimmen. Aber ich möchte meine Stimme mit für diesen Vorschlag, für diese Empfehlung geltend machen, und damit für einen Mann, der mir in einer der schwierigsten Situationen, nämlich in den Monaten nach dem Chruschtschow-Ultimatum in der Senatskanzlei zur Seite getreten ist und dann einvernehmlich Ende 1961 die Aufgabe des Innensensors übernommen hat, der seit 1963 dann als Bürgermeister und Senator für Sicherheit und Ordnung und Ende 1965 - dies wieder mit dem Innenressort verbunden - mein engster Kollege im Rathaus und für die Arbeit des Senats in dieser Stadt gewesen ist und der es mir auch leichter gemacht hat, als es sonst gewesen wäre, während zweier nicht ganz unkomplizierter Wahlkämpfe 1961 und 1965 die Aufgabe wahrzunehmen, mit der mich die Gesamtpartei betraut hatte.

Ich möchte, daß wir auch den März 1967 in gemeinsamer politischer Verantwortung und als gute Freunde miteinander durchstehen und miteinander zu einem guten Erfolg führen. Wenn Heinrich Albertz dann der Regierende Bürgermeister sein wird, dann werden Sie mir auch nicht nur als Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin begegnen, sondern wir werden uns weiter wie bisher im Vorstand unserer Partei begegnen, dann auf anderer Ebene.

Ich bitte alle Berliner Freunde über diesen Saal hinaus, aber gerade auch hier: Übertrag das Vertrauen, wenn es um die Aufgaben des Regierenden Bürgermeisters geht, das Vertrauen zu mir auf Heinrich Albertz. Wir bleiben miteinander verbunden, und wir bleiben dann in der großen Gemeinschaft des Bundes und der Länder als Sozialdemokraten nicht nur von A bis B, sondern von A bis Z, von Albertz bis Zinn.

Hier in Berlin bleibt viel zu tun, vor allem gegen Selbstgenügsamkeit und Selbstisolierung. Die Neigung zu einer zu geringen

Kragenweite oder einer zu kleinen Schuhnummer ist die eigentliche schleichende Gefahr dieser Stadt, fast ebenso groß wie früher die Gefahr durch die Kommunisten.

Ich habe hier kein außenpolitisches Sonderreferat zu halten gehabt. Ich will auch jetzt nicht damit anfangen, sondern am Dienstag werden wir in Bonn eine Regierungserklärung abgeben. Im Laufe der Woche habe ich schon an einer Reihe von Konferenzen in Paris teilzunehmen. Ich werde dort meinen Kollegen, den Außenministern aus den Vereinigten Staaten, Frankreich, Großbritannien und anderen Ländern begegnen.

Ich kann auch hier nur mitteilen, daß der neue Außenminister und Vizekanzler am Mittwoch mit dem französischen Staatspräsidenten de Gaulle zusammentreffen wird, weil wir den ersten Versuch machen wollen, gerade auch die deutsch-französischen Beziehungen neu zu entwickeln und den Vertrag vom Januar 1963 mit so viel politischem Leben wie möglich anzufüllen.

Ich kann nicht erwarten, daß ich für das, was drüben ansteht, Vorschußlorbeeren bekomme; das wäre auch ganz falsch.

Immerhin war interessant, was die „Pravda“ über die Regierungsbildung zu schreiben hatte, und ich habe auch einige durchaus nuancierte Artikel aus Zeitungen aus europäischer Sicht zu diesem Gegenstand gelesen. Im Gegensatz dazu wirkt das, was in Ostberlin in diesen Tagen geschrieben wurde so, als ob wir in den kältesten Jahren des Kalten Krieges lebten. Und das kennzeichnet die deutsche Situation.

„ICH BITTE UM VERTRAUEN
ZU BERLIN“

Wenn wir uns durch böse Artikel im „Neuen Deutschland“, durch unfreundliche Kommentare in der „Berliner Zeitung“ hätten umwerfen lassen, dann hätten wir gar nicht erst das anzufangen brauchen, was wir in den letzten Jahren miteinander gemacht haben. Immerhin, das ist ja auch interessant, daß die in Ostberlin, die ihre Verantwortung tragen, auf den Vorgang, der sich jetzt bei uns in Bonn abspielt, durch Kaltschnäuzigkeit reagieren, als die allein man ihr Verhalten zur Passierscheinfrage kennzeichnen kann.

Es heißt so schön, daß man Berlin von der Ebene des Bundeskabinetts aus unterstützen will. Ich bitte, wenn auch in veränderten Relationen, um gute Zusammenarbeit. Diese Bitte geht vor allem an die Kollegen im Senat, im Abgeordnetenhaus, im ganzen Landesverband, unserer Partei und über unsere Reihen hinaus an die Bevölkerung: Ich bitte um Vertrauen zu Berlin und zu den Sozialdemokraten als der bewährten politischen führenden Kraft dieser Stadt. □

Ehrung für 50 Jahre

Reinickendorf: Glückwünsche für Alexander Kulpok

Seit 50 Jahren gehört Alexander Kulpok der Berliner SPD an. Bei einer Jubiläarehrung in Reinickendorf überreichten ihm der Landesvorsitzende Jan Stöß und der Kreisvorsitzende Jörg Stroedter die Ehrenurkunde.

Geboren wurde Alexander Kulpok am 13. November 1938 in Berlin-Kreuzberg. Seine journalistische Laufbahn begann früh: 1953 erschien der erste Zeitungsartikel im Berliner Telegraf, einer Tageszeitung, die der SPD gehörte. Mitte der siebziger Jahre betätigte er sich zudem als Redenschreiber für Willy Brandt.

Nach Redaktionsvolontariat bei Ullstein und Studium der Amerikanistik arbeitete er von Oktober 1958 bis August 1962 als freier Mitarbeiter bei der Tageszeitung nacht-depesche, bei RIAS-Berlin und Sender Freies Berlin als Autor und Reporter. Ab 1962 war er Redakteur und Reporter beim Sender Freies Berlin (SFB), ab 1966 stellv. Abteilungsleiter des SFB-Zeitfunks. Es folgten Stationen bei der Berliner Abendschau



Gratulation für Alexander Kulpok: Jan Stöß, Jörg Stroedter und Gilbert Collé. Foto: Borkenhagen

und der Aufbau des Videotext-Systems von ARD und ZDF, dessen Leitung er über 20 Jahre innehatte. In den spannenden Jahren von 1987 bis 1989 leitete er zusätzlich die Berliner Abendschau.

Für die SPD moderierte er zahlreiche Veranstaltungen, Alexander Kulpok ist zudem Chefredakteur des SPD-Organs Reinickendorfer Zeitung. Die Reinickendorfer SPD dankte ihm herzlich. **BS** □

Spandau: Stolpersteine für Familie Weiss

An die jüdische Familie Weiss, die in der Bismarckstraße 61 wohnte, wollen die Mitglieder der SPD-Neustadt sowie der Bundestagsabgeordnete Swen Schulz (SPD) erinnern. Sie stifteten „Stolpersteine“, die am 2. Dezember 2013 um 9.30 Uhr vor dem Eingang der Bismarckstr. 61 in Spandau verlegt werden. Am 3. Dezember findet um 14 Uhr vor Ort eine Gedenkveranstaltung statt.

„Stolpersteine machen Erinnern lebendig und integrieren es in unseren Alltag“, so Swen Schulz. „Ich bin froh, dass ich die Gelegenheit habe, Pate eines solchen Erinnerungssteines zu werden. Die Familie Weiss, die einst in dem Haus wohnte, in dem ich heute mein Bürgerbüro habe, könnte ohne den Naziterror heute hier noch leben. So werden nun die Stolpersteine für Erwin, Herta und Horst uns mahnen, ein solches Unrechtsregime nicht mehr zuzulassen.“ An der Recherche war die B-Traven-Oberschule beteiligt. **BS** □

**Aus Datenschutzgründen
nicht in der
Internetversion enthalten**

13353 Berlin

■ 02.12.2013, SPD Treptow-Köpenick, **Stolpersteinverlegung Köpenicker Blutwoche** Beginn: Pohlestraße 12, 12559 Berlin (siehe Seite 10)

■ 03.12.2013, 19:00, SPD Steglitz-Zehlendorf - Abt. Lichterfelde Ost und Süd, **Jahresausklang mit Jubilarehrung**, mit Raed Saleh, Mda, Vorsitzender der SPD-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus, Restaurant „Dal Conte“, Kaiser-Wilhelm-Strasse 31, 12247 Berlin

■ 03.12.2013, 19:00, HDB, **Rassismus gegen Sinti & Roma**, Tiyatrom, Alte Jakobstraße 12, 10969 Berlin

■ 04.12.2013, 16:00 - 17:00 **Sprechstunde Dr. Ina Czyborra, Mda**, Steglitz-Zehlendorf Dahlem, Krumme Lanke, AWO Kreisbüro, Mörchinger Str. 116, 14163 Berlin. Anmeldung bitte unter ina.czyborra@spd.parlament-berlin.de, Tel. 2325 2273.

■ 04.12.2013, 20:00 SPD Steglitz-Zehlendorf - Abt. Dahlem, **Abteilungssingen mit Michael Karnetzki**, Friedenszentrum Dahlem, Pacelliallee 61, 14195 Berlin

■ 04.12.2013, 16:30 - 18:30, SPD-Fraktion & AG Selbst Aktiv, **Jahresabschlussstreffen der AG Selbst Aktiv - Menschen mit Behinderungen in der SPD Berlin** mit Vertretern der SPD-Fraktion des Abgeordnetenhauses, Abgeordnetenhaus von Berlin (Preußischer Landtag), Raum 304, Niederkirchnerstr., 10117 Berlin

■ 04.12.2013, 17:00, SPD Berlin, **Mitgliederforum I mit der stellvertretenden Parteivorsitzenden Manuela Schwesig**, Willy-Brandt-Haus, Wilhelmstraße 141, 10963 Berlin

■ 07.12.2013, 10.00 - 12.00 Uhr, SPD Neukölln, Abteilung 1 - Rixdorf, **Frühstück und Informationen für Arbeitslose** mit Kirsten Flesch (Mda) im Kiosk am Reuterplatz

■ 08.12.2013, 10:00, S SPD Treptow-Köpenick: **Große Koalition – Gut für Deutschland?** Ratskeller Köpenick, Alt-Köpenick 21, 12555 Berlin. Der Treptow-Köpenicker Bundestagsabgeordnete Matthias Schmidt führt in das Thema ein

■ 09.12.2013, 18:00, SPD Berlin, **Mitgliederforum II mit dem stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Florian Pronold**, Tempodrom (kleine Arena), Möckernstraße 10, 10963 Berlin. Florian Pronold leitet die Arbeitsgruppe „Verkehr, Bauen und Infrastruktur“.

■ 11.12.2013, 18:30 – ca. 21.00 Uhr, FA XI – Mobilität, **„Mobilitäts- und Verkehrssicherheit in Berlin“**, im Kurt-Schumacher-Haus, Müllerstraße 163, 13353 Berlin (barrierefrei!)

■ 11.12.2013, 15:30-17:00 Uhr, **Bürgersprechstunde mit dem Abgeordneten und SPD-Politiker Jörg Stroedter**, Bürgerbüro der SPD, Waidmannsluster Damm 149, 13469 Berlin

■ 13.12.2013, 11:00 - 12:00, **Sprechstunde Brigitte Lange, Mda - Reinickendorf** - Märkisches Viertel / Lübars, SPD Bürgerbüro, Waidmannsluster Damm 149, 13469 Berlin. Bitte vorab Termin vereinbaren unter Telefon 030/40 91 48 89 oder mail an buero@brigitte-lange.de

■ 13.12.2013, 17:00 - 19:00, **Bürgersprechstun-**

de der Abgeordneten Dr. Clara West, Café „Brot und Tulpen“ in der Brotfabrik, Caligariplatz, 13086 Berlin

■ 14.12.2013, 10:00, SPD Steglitz-Zehlendorf - Abt. Lichterfelde Ost und Süd, **„Gespräche und Informationen zum Jahresende“**, Informationsstand am Kranoldmarkt, Kranoldplatz, 12209 Berlin

■ 19.12.2013, 19:00, AG Migration und Vielfalt Steglitz-Zehlendorf, **„Nachdenklichkeit 2013 und Perspektive 2014“**, Interkultureller Jahresabschluss, Restaurant „Adria-Grill“, Kaiser-Wilhelm-Straße 55, 12247 Berlin

■ 20.12.2013, 15:00 - 16:30, **Sprechstunde Franziska Becker, Mda**, Café des Bundesplatz-Kinos, Bundesplatz 14, 10715 Berlin

■ Alle Termine aktuell unter www.spd-berlin.de/termine

Kulturforum:

Ausstellung: Ein Spanier in Berlin

In der Galerie im Kurt-Schumacher-Haus eröffnet das Kulturforum Satdt Berlin der Sozialdemokratie am 4. Dezember um 18.30 Uhr die Ausstellung Miguel Esteban Cano: Ein Spanier in Berlin.

Miguel Esteban Cano, geboren 1947 in Barcelona, kann als Wegbereiter der gegenwärtigen Welle spanischer Künstler gelten, die es seit Jahren nach Berlin zieht. Er kam 1972 nach West-Berlin, um dem politischen Klima unter Franco in Spanien zu entgehen. Bis zu seinem frühen Tod 1998 lebte und arbeitete er in Berlin. Er hat als Bildhauer und Maler ein breites, facettenreiches Werk geschaffen. In seinen Gemälden verbinden sich figurative und expressive Tendenzen, kräftige Farbkontraste und gestische Linienführung. Seine Plastiken lassen sich als Brückenschlag zwischen konstruktiven und surrealen Traditionen verstehen.

In Ergänzung zu der Ausstellung von Bildern und Plastiken des Künstlers, die zur Zeit im spanischen Kulturinstitut „Instituto Cervantes“ (Rosenstraße 18/19 in 10178 Berlin-Mitte, S-Bahn Hackescher Markt) gezeigt wird, stellen wir eine Auswahl bezaubernder Bilder vor, die Wachheit und Sensibilität eines Zeitgenossen zeigen, der als Emigrant und Ausländer Politik und Alltagsleben einer Großstadt, seines Geburtslandes und seiner Wahlheimat reflektiert. Der Kunsthistoriker Michael Nungesser beschreibt die Bilder: „Die meist in Mischtechnik auf Nessel ausgeführten Gemälde sind großformatig, farbenfreudig, spannungsvoll und augenscheinlich von starker innerer Anteilnahme.“

➔ Mittwoch, 4. Dezember 2013, 18:30 Uhr, Galerie im Kurt Schumacher Haus, Berlin-Wedding, Müllerstr. 163 (U + S-Bhf. Wedding)

T ERMIN E

■ 01.12.2013, 14:00 - 19:00, Afghanistan-Komitee für Frieden, Wiederaufbau und Kultur, Deutsch-Afghanische Freundschaftsgesellschaft und FA I der SPD Berlin, **Beiträge Deutschlands zu einem nachhaltigen Wiederaufbau in Afghanistan**, Kurt-Schumacher-Haus, Erika-Heß-Saal, Müllerstr. 163,

Die Berliner Stimme im Abonnement

Änderungen beim Abonnement? Das machen wir gerne. Adress- und Kontoänderungen bitte frühzeitig an berliner.stimme@wegewerk.de oder per Post an wegewerk GmbH, Krausnickstr. 3, D 10115 Berlin

Sie haben noch kein Abonnement? Das ändern wir gerne. Das Abonnement kostet 25,05 Euro pro Jahr (bei Zustellung per E-Mail) bzw. 30,15 Euro pro Jahr (bei Zustellung per Post). Bestellungen bitte an wegewerk GmbH, Krausnickstr. 3, D 10115 Berlin oder per E-Mail an berliner.stimme@wegewerk.de.

Im Zweifel für die Freiheit

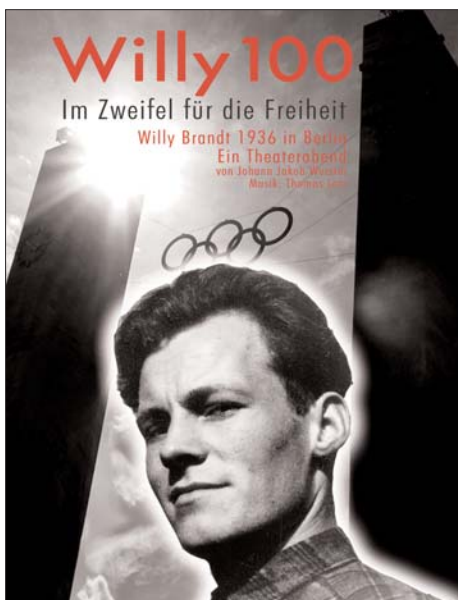
Ein Theaterstück zum 100. Geburtstag von Willy Brandt

In einem Theaterstück erzählt der Berliner Autor Johann Jakob Wurster die Geschichte vom Aufenthalt des Widerstandskämpfers Willy Brandt 1936 in Berlin. Das Stück kommt am Donnerstag, dem 12. Dezember 2013 im Neuen Stadthaus zur Uraufführung und ist bis Mitte Januar an verschiedenen Terminen zu sehen.

Im Mittelpunkt steht eine fast in Vergessenheit geratene Episode aus dem Leben Willy Brandts: die des Widerstandskämpfers 1936 in Berlin. Das interaktive Bühnenstück mit swingender Livemusik ist schnell wie ein Videoclip, angelegt für einen Darsteller des jungen Willy Brandt und mehrere Spieler, die in rasanten Rollen- und Szenen-Wechseln eine Fülle von Situationen lebendig entstehen lassen. Und immer wieder stellt sich die Frage: Wie würde ich mich entscheiden? Das Neue Stadthaus bietet mit seiner Behördenarchitektur der 1930er Jahre hierfür die ideale Kulisse. Das Publikum wird über mehrere szenische Stationen im Gebäude unmittelbar an das Geschehen herangeführt.

Die Geschichte konzentriert sich auf zwei Monate in Berlin im Oktober 1936. Die Stadt ist noch euphorisiert von den Olympischen Spielen. Der 22-jährige Exilant Willy Brandt reist als Gunnar Gaasland mit falschem Pass und mit gespielterem norwegischem Akzent in die Hauptstadt Berlin, um sich mit wenigen Eingeweihten inkognito zu treffen und den Widerstand gegen Adolf Hitler zu koordinieren. Er gerät mehrmals in brenzlige Situationen.

Als er schließlich in ein Polizeirevier einbestellt und ihm dort der gefälschte Pass abgenommen wird, durchlebt er die wohl bangsten Momente seines jungen Lebens. Viele seiner Zeitgenossen haben sich längst mit ihrer Ohnmacht abgefunden und sind innerlich emigriert. Willy Brandt



Theaterplakat.

Foto: PR

stellt sich gegen den Großteil der Gesellschaft und gegen herrschendes Recht und riskiert für die Demokratie sein Leben. Seine Überlegungen, Zweifel, Ängste, moralische Bedenken werden in diesem Stück aus seiner Sicht dargestellt und werfen Fragen auf: Heiligt der Zweck die Mittel? Wie viel Mut und visionäre Kraft braucht ein Mensch in solch einer Situation? **PM** □

➡ Willy 100 – Im Zweifel für die Freiheit. Ein Theaterabend zum 100. Geburtstag von Willy Brandt Otto-Suhr-Saal, Parochialstr. 1-3, 10179 Berlin), Termine: UA Do 12.12.2013, Fr 13. – So 15.12.2013, Di 17. – So 22.12.2013, Sa 28.12. / So 29.12.2013, Do 02. – So 05.01.2014, Di 15.01.2014. Beginn: Di-Sa 19:30h / So 17h. Kartenpreise: So-Do 26,- / 18,- erm. Fr/Sa 29,- / 20,- erm. Tickets: 84 10 89 09 oder www.ticketmaster.de. Sonderkonditionen für Schüler- und Jugendgruppen via Theater Strahl.

KULTURTIPPS

Theater-Museum.

Mitten im Trubel der Kreuzberger Marheineke Markthalle an der Bergmannstraße erzählt die Initiative Theatermuseum Berlin, wie spannend die Geschichte des Theaters in der Stadt seit mindestens 300 Jahren ist. Bis zum 11. Januar 2014 ist in der „Browse galleryberlin“ im Obergeschoss der Markthalle die Ausstellung „Faszination des Theaters“ zu sehen. An einem großen Modell wird die Technik des Barocktheaters mit vielen Effektgeräten gezeigt. Alt und Jung können selbst die Techniken bedienen und für sich entdecken. Auf Bildtafeln erzählt die Initiative die spannende wechselreiche Geschichte der Oper in Berlin und ihre Wandlung vom Barock zur heutigen Technik. **PM** □

John F. Kennedy im Kleinen Theater.

Das Kleine Theater in Schöneberg hat im November sein 40. Jubiläum gefeiert und der Berlin-Ikone John F. Kennedy 50 Jahre nach seiner Rede vor dem Schöneberger Rathaus und zu seinem 50. Todestag am 22. November mit dem Stück „Ich bin ein Berliner“ ein Denkmal gesetzt. Detlef Altenbeck, der das Stück schrieb und Regie führt, lässt am Tage vor Kennedys 45. Geburtstag Freunde des Präsidenten wie Marlene Dietrich, Marilyn Monroe und Jackie Kennedy, die First-Lady, die aber so nicht genannt werden wollte, weil nur Reitpferde „First-Lady“ heißen, zusammentreffen und Kennedy aus ihrer Perspektive beschreiben.

➡ Kleines Theater, Südwestkorso 64, 12161 Berlin (Friedenau). Karten-Telefon: Mo. – Fr: 11-14 Uhr unter 030 / 821 20 21, an Vorstellungstagen von 18 - 19:30 Uhr sowie So eine Stunde vor Vorstellungsbeginn unter 030 / 897 46 440.

